

Actualités 2/2023

Die elektronische Zeitschrift der
Deutsch-Französischen Juristenvereinigung e.V.



■ Termine 2023

Gemeinsame Tagung der
AJFA und der DFJ
14. bis 17. September 2023
in Toulouse

Vorseminar der AJFA und
der DFJ
12. bis 17. September 2023
in Toulouse

Liebe Mitglieder,
liebe Freund*innen der DFJ,

kurz vor dem Auftakt der gemeinsamen Tagung AJFA/DFJ in Toulouse darf ich die Erinnerungen an die erlesene Frühjahrstagung der DFJ wachrufen. Dazu hilft der lesenswerte Bericht von Carolina Radke und Effi Spiegel, die die anspruchsvollen Vorträge von Herrn Prof. Dr. Harbarth und Frau Prof. Dr. Gaillet klar und präzise zusammenfassen. Zudem werden wir dank den von unserem Vizepräsidenten Dr. Heiner Baab aufgenommenen Bildern in die eindrucksvollen Orte der Alten Aula der Universität Heidelberg und des Palais Prinz Carl zurücktransportiert. Ein unvergessliches Erlebnis!

Die Nachwuchsförderung ist ein wichtiges Anliegen der DFJ. Dies haben wir mit der Deutsch-Französischen Hochschule gemeinsam. In dieser Ausgabe erfahren wir mehr darüber.

Eine letzte Mitteilung in eigener Sache: Neben Frau Dr. Konstanze Brieskorn verstärkt Frau Dr. Johanna Schuster nun offiziell das Redaktionskomitee der *Actualités*. Herzlich willkommen!

Ihre

Fabienne Kutscher-Puis

Chers membres,
chers amis de la DFJ,

À la veille de l'ouverture des Journées franco-allemandes de juristes à Toulouse, évoquons les souvenirs que nous gardons tous du prestigieux congrès printanier de la DFJ. Le compte-rendu, clair et précis, de Carolina Radke et de Effi Spiegel nous y aide en résumant les interventions de haute qualité des professeurs Harbarth et Gaillet. De plus, grâce aux photos prises par notre vice-président Heiner Baab, nous sommes transportés à nouveau dans les lieux impressionnants de la Alte Aula de l'Université de Heidelberg et du Palais Prinz Carl. Une expérience inoubliable.

La promotion des jeunes juristes nous tient particulièrement à cœur. C'est un point commun que la DFJ partage avec l'Université franco-allemande. Cette édition vous en apprendra plus.

Une dernière information de la Rédaction : Aux côtés de Konstanze Brieskorn, Johanna Schuster renforce désormais officiellement notre comité de rédaction. Nous lui souhaitons la bienvenue.

Bien à vous,

Fabienne Kutscher-Puis

Inhaltsverzeichnis

Die Vereinigung aktiv.....	4
Mitgliederversammlung der DFJ am 29. April 2023 in Heidelberg – das Protokoll	4
Prof. Dr. Stephan Harbarth und Frau Prof. Dr. Aurore Gaillet als Gastredner in Heidelberg.....	7
von Caroline Radke und Effi Spiegel, Heidelberg	
Nachrichten aus dem Kreis der Mitglieder.....	11
Praxiswissen.....	11
Deutsche Kassationshöfe und andere Sonderwege zum Code civil.....	11
von Prof. Dr. Dr. Norbert Gross, Karlsruhe	
Aus den Hochschulen.....	17
Un partenariat unique en faveur de la justice : la Deutsch-Französische Juristenvereinigung et l'Université franco-allemande.....	17
von Céline Krauß et Margaux Weibel, Saarbrücken	
Collège doctoral franco-allemand en droit public comparé, européen et international	20
von Dr. Maria Kordeva, Saarbrücken/Straßburg	
Im Gespräch.....	22
Herr Prof. Dr. Dr. Norbert Gross (Karlsruhe) im Gespräch.....	22
Retour de professionnels sur leurs activités juridiques franco-allemandes.....	24
von Alix Blinette, Mainz	
Recht verständlich	33
Der Schutz von Wistleblower: le lanceur d'alerte / der Hinweisgeber	33
von Dr. Konstanze Brieskorn, Berlin/Paris	
Lesenswertes.....	34
Michelle Weber, Reform des fehlgeschlagenen Versuchs – Zugleich ein rechtsvergleichender Beitrag zum délit manqué im französischen Strafrecht.....	34
von Dr. Julien Walther, Metz	
Literaturhinweise BIJUS	39
Neue Perspektiven.....	43
Stellenanzeige Qivive Avocats und Rechtsanwälte.....	43
<i>Avocate / Rechtsanwält:in im französischen Gesellschaftsrecht.....</i>	
<i>Avocate / Rechtsanwält:in im französischen Prozessrecht / Vertragsrecht.....</i>	
<i>Avocate / Rechtsanwält:in im französischen Steuerrecht.....</i>	
Stellenanzeige MARS-IP.....	44
<i>Avocate 1er année</i>	

Impressum

Deutsch-Französische Juristenvereinigung e.V.

Präsident:

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller

Vizepräsident:

Dr. Heiner Baab

Generalsekretärin:

Dr. Fabienne Kutscher-Puis

Schatzmeister:

Dr. Christoph Hirschmann

Redaktion:

Dr. Fabienne Kutscher-Puis (V.i.S.d.P.)

fkp@kutscher-puis.com

Dr. Konstanze Brieskorn

k.brieskorn@hwh-avocats.com

Dr. Johanna Schuster

schusterjohanna@icloud.com

DFJ-Sekretariat:

Jutta Leither

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Fachbereich 03

D-55099 Mainz

Telefon: +49 6131 39-22412

E-Mail: jleith@uni-mainz.de

Vereinsregister Mannheim VR 100197

Internet

www.dfj.org

■ Die Vereinigung aktiv

Mitgliederversammlung der DFJ am 29. April 2023 in Heidelberg – das Protokoll

- TOP 1
Begrüßung, Bestimmung
des Protokollführers**
- Der Präsident, Professor Dr. Marc-Philippe Weller, begrüßte die Teilnehmer*innen. Gemäß § 12 Abs. 2 der Vereinssatzung werden Mitgliederversammlungen vom Präsidenten geleitet. Zur Protokollführerin wird die Generalsekretärin Dr. Fabienne Kutscher-Puis bestimmt.
- TOP 2
Genehmigung der Tages-
ordnung**
- Die Mitgliederversammlung genehmigt einstimmig die Tagesordnung. Es wird kein Antrag auf Aufnahme zusätzlicher Tagesordnungspunkte gestellt.
- TOP 3
Satzungsgemäße Einbe-
rufung**
- Der Präsident stellte die satzungsgemäße Einladung der Mitglieder gem. § 13 Abs. 1 der Vereinssatzung fest. Die Einladung vom 5. April 2023 wurde am selben Tag per E-Mail (oder bei Mitgliedern, die der Vereinigung keine E-Mail-Adresse bekanntgegeben haben, per Brief) an die Mitglieder abgesandt, sodass die Einladungsfrist von zwei Wochen eingehalten ist.
- TOP 4
Beschlussfähigkeit**
- Nach § 15 Abs. 1 der Vereinssatzung ist die Mitgliederversammlung beschlussfähig, wenn wenigstens zehn Mitglieder anwesend sind. Laut der von den Anwesenden unterschriebenen und diesem Protokoll in Kopie als Anlage [hier nicht abgedruckt] beigefügten Anwesenheitsliste sind 40 Mitglieder anwesend. Der Präsident stellte somit die Beschlussfähigkeit der Mitgliederversammlung fest.
- TOP 5
Billigung des Protokolls
der Mitgliederversamm-
lung vom 19. März 2022**
- Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 19. März 2022 in Frankfurt am Main wurde in unserem Mitteilungsblatt „Actualités“ 1/2022 veröffentlicht, welches an alle Mitglieder per E-Mail verteilt wurde und sich auch auf der Website der Vereinigung befindet. Das Protokoll wird per Handzeichen einstimmig gebilligt.
- TOP 6
Bericht des Präsidenten**
- Herr Prof. Dr. Weller berichtet über Vorstandsaktivitäten:
- Der Mitgliederstand beläuft sich weiterhin auf einem sehr erfreulichen Niveau und beträgt zum 24. April 2023 1.083.
- 2022 haben zwei Tagungen stattgefunden:
- Am 19. März 2022 wurde die Frühjahrstagung in Frankfurt am Main als erste Präsenztagung nach der Corona-Pandemie in der Villa Bonn der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft e.V. ausgerichtet. Organisator war Herr RA Dr. Arno Maier-Bridou. Es fanden sich 85 Teilnehmer. Die Mitgliederversammlungen für die Jahre 2020 (coronabedingt) und 2021 wurden abgehalten. Es folgten zwei Vorträge von Herrn Prof. Dr. Marc-Philippe Weller und Prof. Dr. Lukas Rass-Masson zum Thema: „Shell“, „Total“

und die Klagen der „Deutschen Umwelthilfe“ in rechtsvergleichen-der Perspektive sowie am Abend eine Tischrede von Herrn Jean-François Bohnert, Präsident der AJFA und Leiter der Nationalen Staatsanwaltschaft für Wirtschafts- und Finanzstraftaten in Frankreich.

Vom 16. bis 18. September 2022 fand die Jahrestagung der DFJ in Straßburg in den Räumen des *Ordre des Avocats de Strasbourg* statt. Das Organisationskomitee bestand aus Frau RAin Dr. Fabienne Kutscher-Puis, Frau RAin Dr. Myriam Alimi, Herrn RA Volkhard Hente, Herrn RA Eric Lelarge und Herrn RA Dr. Roland Giebenrath. Das Fachprogramm umfasste u.a. Themen des Schuldrechts, der Environment Social Governance im Gesellschaftsrecht, des Schutzes der Menschenrechte, des Medienrechts und des Erbrechts und dauerte anderthalb Tage. Am Samstagnachmittag fand ein Ausflug in die elsässischen Weinberge und am Sonntagvormittag eine Führung der Stadt Straßburg statt. 107 Teilnehmer waren angemeldet. Am Vorseminar, das am 15. September 2022 stattfand, nahmen 28 Teilnehmer teil, die sich mit dem französischen Zivilprozess- und Arbeitsrecht befassten und eine Menschenrechtsbeschwerde gemeinsam erarbeiteten. Die Fahrkosten der auswärtigen Seminarteilnehmer wurden von der DFJ übernommen.

Darüber hinaus verlieh die Vereinigung 2022 vier Exzellenzpreise und gewährte Druckkostenzuschüsse für drei Doktorarbeiten. Auch gewährte die DFJ 2022 insgesamt 21 Zuschüsse für Praktika-Aufenthalte in Frankreich.

Herr Prof. Dr. Weller wies in diesem Zusammenhang besonders auf diese Praktikumsförderung hin, die bis zu 400 € betragen kann.

Geplant ist es, die während der Pandemie geschaffenen Online-Formate beizubehalten.

Der Vizepräsident Herr RA Dr. Heiner Baab gab weiterführende Informationen zum Auswahlprozess der Exzellenzpreisträger. Es handelt sich um Preise, die von der Deutsch-Französischen Hochschule verliehen und von der DFJ finanziell gefördert werden.

Frau RAin Dr. Fabienne Kutscher-Puis berichtete über die Mitgliederzeitschrift, die *Actualités*, die sie verantwortet. Sie teilte mit, dass beginnend mit der ersten Ausgabe der Zeitschrift nach der Mitgliederversammlung der sog. Genderstern im Rahmen einer Experimentierphase eingeführt wird. Sie bat die Mitglieder um ihre Rückmeldung nach Erscheinung der Zeitschrift und kündigte an, dass dieses Thema in der Mitgliederversammlung 2024 ausführlich erörtert wird. Sie bedankte sich bei dem weiteren Mitglied der Schriftleitung, Frau RAin Dr. Konstanze Brieskorn und bei Frau Jutta Leither,

TOP 7 Bericht des Vorstands

TOP 8
Bericht des Schatzmeisters

die die Zeitschrift erstellt, für ihre Engagements. Sie lud Mitglieder ein, Beiträge einzureichen.

Der Schatzmeister Dr. Christoph Hirschmann berichtete über die Finanzen der Vereinigung.

Danach präsentierte sich die Deutsch-Französische Juristenvereinigung e.V. zum 31.12.2022 weiterhin in guter finanzieller Verfassung. Die Entwicklung des Barvermögens weist im Moment allerdings eine leicht negative Tendenz auf.

Wesentliche Gründe für den Rückgang der liquiden verfügbaren Mittel gegenüber 2021 waren:

- erheblich gestiegene Kosten für die Großveranstaltungen (Jahrestagung mit Vorseminar und Frühjahrstagung),
- gestiegene Personal- und allgemeine Verwaltungskosten,
- Ausweitung des Stipendienprogramms, insbesondere der Vergabe der Exzellenzpreise, Stipendien und Zuschüsse (ca. 20.000 €).

Der Schatzmeister wies darauf hin, dass Teilnehmerbeiträge teilweise sehr spät, zuweilen sogar erst nach der jeweiligen Tagung, bezahlt werden, obwohl die Beiträge mit der Anmeldung fällig sind. Für die Vereinigung bedeutet das vor allem zusätzlichen Aufwand und Verauslagung von Kosten.

Außerdem wurde erneut darum gebeten, der Vereinigung nach Möglichkeit eine Einzugsermächtigung für die jährlichen Mitgliedsbeiträge zu erteilen. Dies erleichtert die Arbeit der Verwaltung und erspart zusätzlichen Aufwand wegen Zahlungssäumnis.

TOP 9
Bericht des Rechnungsprüfers

Der Rechnungsprüfer RA Thierry Schwenk legte den Bericht zur Kassenprüfung 2022 vor und bescheinigte eine ordnungsgemäße Buch- und Kassenführung. Zusammenfassend stellte er fest, dass alle erforderlichen Unterlagen vorlagen, es eine umfassende Überprüfung von Ausgaben und Einnahmen gab und dass die dazu gehörigen Belege und Salden geprüft und für richtig befunden wurden. Zudem wurden die Bücher sehr sorgfältig von Frau Leither und Herrn RA Dr. Hirschmann geführt.

Er wies auch darauf hin, dass die Zahlungsmoral bei den Tagungsbeiträgen teilweise zu wünschen übrigließ, so dass Frau Leither auch noch Monate nach den Veranstaltungen Teilnehmerbeiträge eintreiben musste. Hier bat er um mehr Disziplin. Auch bat er insbesondere die französischen Mitglieder, dass keine Zahlungen an die Vereinigung per Scheck geleistet werden, da für die Einlösung jeweils Kosten i.H.v. 15,00 € entstehen.

TOP 10
Aussprache und Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2022

Nach Aussprache beantragte Herr RA Thierry Schwenk die Entlastung des Vorstandes für 2022. Die Mitgliederversammlung erteilte die beantragten Entlastungen per Handzeichen einstimmig bei Enthaltung der Vorstandsmitglieder.

TOP 11
Verschiedenes

Die nächste Jahrestagung, die eine gemeinsame Tagung mit der AJFA ist, wird in Toulouse vom 14. bis 16. September 2023 ausgerichtet. Davor findet das Vorseminar am 13. und 14. September 2023 statt.

Die übernächste Tagung wird in Berlin stattfinden.

Zum Abschluss bedankte sich Prof. Weller für die gute Arbeit mit Frau Jutta Leither im DFJ-Sekretariat.

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller
 Präsident

Dr. Fabienne Kutscher-Puis
 Generalsekretärin

Prof. Dr. Stefan Harbarth und Frau Prof. Dr. Aurore Gaillet als Gastredner in Heidelberg - die Frühjahrstagung 2023 der DFJ

von Carolina Radke, Effi Spiegel, Heidelberg



Wie jedes Jahr kamen die Mitglieder der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung im April dieses Jahres für die Frühjahrstagung zusammen – diesmal in den historischen Räumlichkeiten der Alten Universität der Universität Heidelberg. Zum vielseitigen Programm gehörten neben der traditionellen Mitgliederversammlung insbesondere die Vorträge von Prof. Dr. Stephan Harbarth, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, und Prof. Dr. Aurore Gaillet der Universität Toulouse.

Den Auftakt machte mit einem Grußwort Prof. Dr. Marc-Philippe Weller, Präsident der DFJ. Anhand einer kurzen Darstellung der

Prof. Dr. Stephan Harbarth zum Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts



Historie der Alten Aula unterstrich er die stets internationale Perspektive der Universität Heidelberg, welche mit Marsilius von Inghen als ihrem ersten Rektor einen ehemaligen Rektor der Sorbonne willkommen hieß. Er betonte zudem die zentrale Rolle der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung im Kontext der Friedenssicherung und Zukunftsgestaltung, die in diesem Jahr ihr 70-jähriges Bestehen feiert und sich einer breiten Repräsentationsbasis erfreut.

Unter dem Titel „Der Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts“ stellte Prof. Dr. Harbarth den bedeutenden Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 vor. Das Bundesverfassungsgericht hatte sich über mehrere Verfassungsbeschwerden hinweg damit auseinandergesetzt, ob der Gesetzgeber mit dem deutschen Klimaschutzgesetz unzureichende Vorkehrungen zur Reduktion der Treibhausgase getroffen hat.

Prof. Dr. Harbarth erklärte zunächst, dass Prüfungsmaßstab des Verfassungsgerichts nicht unmittelbar der in Art. 20a GG vorgeschriebene Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen war. Dieser selbst sei kein Grundrecht und insofern nicht individuell einklagbar. Vielmehr habe das Bundesverfassungsgericht aus dem Gebot des Schutzes des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG eine Schutzpflicht des Staates für Leben und Gesundheit vor den Gefahren des Klimawandels hergeleitet. Insofern hat es der Klage teilweise stattgegeben. Hierbei monierte das Bundesverfassungsgericht insbesondere den Umstand, dass Grundrechte als „intertemporale Freiheitssicherung“ auch Schutz vor der Verlagerung der Treibhausgasminderungslast in die Zukunft gewähren. *In concreto* habe die festgestellte Schutzpflicht des Staates zwei Dimensionen: Sie umfasse neben der Pflicht zur Ergreifung von Schutzmaßnahmen zur Verringerung des Klimawandels auch die Pflicht zur Implementierung von Anpassungsmaßnahmen soweit der Klimawandel nicht aufgehalten werden kann.

Im Zuge dieser Ausführungen illustrierte der Referent zudem, dass der Schutz des Klimas in dreierlei Hinsicht von klassischen Grundrechtskonstellationen abweiche. Zunächst sei eine Konvergenz der Gefahrenquellen festzustellen. Der Klimawandel sei insofern keine bloße menschliche Handlung, sondern vielmehr ein Zusammenspiel menschlichen Verhaltens mit der Natur. Daneben sei eine Konfusion festzustellen. Es würden sich nicht etwa der Störer und der Beeinträchtigte gegenüberstehen. Vielmehr sei die gesamte Bevölkerung schutzwürdig und dennoch werde zugleich jeder Einzelne durch Klimaschutzmaßnahmen verpflichtet. Zuletzt könne beim Klimawandel auch keine eindeutige Urheberschaft

Prof. Dr. Aurore Gaillet zum Bundesverfassungsgericht und *Conseil constitutionnel* als Motoren der Rechtsentwicklung in Deutschland und Frankreich



festgestellt werden. Im Kontext dieser vom Referenten beleuchteten Hintergründe kristallisierten sich das methodische Geschick und die juristische Innovation des Bundesverfassungsgerichts heraus.

Es folgte der Vortrag von Prof. Dr. Gaillet zu dem Thema „Das Bundesverfassungsgericht und der *Conseil constitutionnel* – Motoren der Rechtsentwicklung in Deutschland und Frankreich“, in dem sie die Rolle des Bundesverfassungsgerichts mit der Rolle des *Conseil Constitutionnel* unter funktionellen, historischen sowie rechtspolitischen Aspekten verglich.

Prof. Dr. Gaillet erklärte zu Beginn, das Bundesverfassungsgericht leiste einen wichtigen Beitrag zur Ausgestaltung und Sicherung der freiheitlichen Demokratie in Deutschland und sei somit sowohl Hüter der Freiheit als auch wichtiger Gegenpol zu den anderen Verfassungsorganen. So habe sich das Bundesverfassungsgericht zu einem (international) einflussreichen Akteur entwickelt und sei als solcher maßgeblicher Motor der Rechtsentwicklung. Auch wenn sich der *Conseil Constitutionnel* dieser Rolle annähere, erläuterte Prof. Dr. Gaillet, dass es hinsichtlich der Stellung und des Selbstverständnisses des *Conseil Constitutionnel* im Vergleich zum Bundesverfassungsgericht fundamentale strukturelle Unterschiede gebe.

Dies sei im Wesentlichen auf die Ursprünge der Gründung der beiden Gerichte zurückzuführen: „Rekonstruktion einer Demokratie durch das Recht“ – laut Prof. Dr. Gaillet sei die Gründung des Bundesverfassungsgerichts im Jahre 1949 ein Fundament für die Wiederaufrichtung der Demokratie nach dem Nationalsozialismus und eine Machtbegrenzung durch das Recht gewesen. Das Bundesverfassungsgericht habe daher die Rolle eines Hauptakteurs bei der Konkretisierung der Verfassungsordnung in Deutschland eingenommen. Prof. Dr. Gaillet erklärte, dass der *Conseil Constitutionnel* hingegen im Jahre 1958 vor allem zur Stabilisierung der Exekutive geschaffen worden sei. Aus der Furcht vor einem *gouvernement des juges* sei dem *Conseil Constitutionnel* daher nicht die notwendige Autorität eines Hüters von Freiheit und Recht verliehen worden.

So sei das Bundesverfassungsgericht auch durch die frühe Verankerung der Möglichkeit für Bürger*innen ihre Grundrechte im Wege einer Verfassungsbeschwerde durchzusetzen, ein Vorbild – und so auch Motor – für Rechtsentwicklungen in ganz Europa gewesen. In Frankreich sei die Kontrolle und Überprüfung von Gesetzen bis 2008 nämlich im Wesentlichen auf das Stadium vor der Verkündung des Gesetzes beschränkt gewesen. Erst durch die Einführung der QPC (*question prioritaire de constitutionnalité*) im Jahre

2008 habe der Bürger in Frankreich einen mittelbaren Zugang zum *Conseil Constitutionnel* erhalten, wodurch dem *Conseil Constitutionnel* immer mehr die Stellung eines Hüters der Freiheit und Grundrechte der Bürger*innen zukomme.

Heutzutage würden sich die strukturellen Unterschiede zwischen den beiden Gerichten laut Prof. Dr. Gaillet insbesondere dadurch äußern, dass das Bundesverfassungsgericht zunehmend auch die Rolle eines politischen Motors der Rechtsordnung einnehme, wie auch der Klimabeschluss zeige. Der *Conseil Constitutionnel* verstehe seine Rolle demgegenüber restriktiv – nur so sei seine langzeitige Zurückhaltung im Hinblick auf das Gesetz zur Rentenreform zu erklären. Die Rolle des *Conseil Constitutionnel* erschöpfe sich bisher in der eines Hüters der Freiheit und der Grundrechte der Bürger.

Zum Abschluss ging Prof. Dr. Gaillet darauf ein, der *Conseil Constitutionnel* und das Bundesverfassungsgericht seien jedenfalls Motoren für die deutsch-französische Freundschaft – man blicke nicht selten ins Nachbarland, um die dortige Rechtsentwicklung zu verfolgen.

Im Anschluss an die lebhafteste Diskussionsrunde fand die Tagung ihren krönenden Abschluss mit dem traditionellen Spargelesen in den ehrwürdigen Räumen des Palais Prinz Carl und bot so die Möglichkeit, bei vergangenen Tagungen geknüpften Kontakte und Freundschaften aufzufrischen sowie neue Begegnungen zu machen.

Für die überaus gelungene Organisation der Tagung ist insbesondere unserem Präsidenten Prof. Dr. Marc-Philippe Weller, Prorektor für Internationales der Universität Heidelberg, und selbstverständlich der langjährigen Sekretärin der Vereinigung, Frau Jutta Leither, zu danken. Merci!

Wir blicken der Tagung in Toulouse im Herbst freudig entgegen.



Carolina Radke studiert seit 2018 Jura an der Universität Heidelberg mit dem Schwerpunkt Internationales Privat- und Verfahrensrecht und ist studentische Mitarbeiterin am Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht der Universität Heidelberg am Lehrstuhl von Prof. Dr. Marc-Philippe Weller. Im Rahmen des Erasmusprogramms studierte sie im Studienjahr 2021/2022 für zwei Semester an der Université de Montpellier.



Effi Spiegel studiert seit 2019 Jura an der Universität Heidelberg mit dem Schwerpunkt Europäisches Wirtschaftsrecht und digitaler Binnenmarkt. Neben ihrer Tätigkeit als studentische Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Prof. Dr. Marc-Philippe Weller ist sie am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg in der Forschungsgruppe „European Security Revisited“ tätig. Im Rahmen des Erasmusprogramms studierte sie 2021/2022 für zwei Semester an der Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne.

Nachrichten aus dem Kreis der Mitglieder

Die deutsch-französische Wirtschaftskanzlei hw&h Hertslet Wolfer & Heintz baut ihre Präsenz aus und ist seit dem 1. September 2023 mit einem neuen Büro in der bayerischen Landeshauptstadt München vertreten.

Damit berät hw&h seine Mandanten ab sofort sowohl in Frankreich am Hauptsitz Paris als auch in Deutschland in ihren deutsch-französischen Angelegenheiten."

■ Praxiswissen

Deutsche Kassationshöfe und andere Sonderwege zum *Code civil*

von Professor Dr. Dr. Norbert Gross, Karlsruhe

Zu 200 Jahren *Code civil* wurde 2004 festlich daran erinnert, dass fast ein volles Jahrhundert lang nicht nur die deutsche Rechtswissenschaft Lehre und Rechtsprechung im Mutterland des *Code civil* befruchtet hat, sondern dass Napoleons Gesetzbuch und mit ihm die Prozessordnungen auch in bedeutenden Teilen Deutschlands lange geltendes Recht waren. Nach 1815 nahmen in einigen von Frankreich abgeschnittenen und nunmehr wieder deutschen Landesteilen fünf Obergerichte, darunter vier echte „Kassationshöfe“, die Stelle der Pariser *Cour de cassation* ein. Diese Fortgeltung französischen Rechts auf deutschem Boden, eine Art vorweggenommenes und zudem vielfältiges „*droit local*“, soll in einem Überblick über deutsche Kassationshöfe und deren durchaus selbstbewusstes Eigenleben sowie über ungewöhnliche gesetzgeberische Sonderwege an einigen Beispielen dargestellt werden.

I. Deutsche Kassationshöfe

Napoleons Gesetzbücher, keineswegs nur der *Code civil*, folgten der Fortüne des Kaisers auf dem Fuße. Ganz selbstverständlich galten

sie auch in dem bei deren Erlass staatsrechtlich zu Frankreich gehörigen Rheinland bis hoch hinauf nach Hamburg und dem Niederrhein. Manche Rheinbundstaaten übernahmen das nunmehr *Code Napoléon* genannte französische Recht einschließlich dessen Justizsystem, teilweise in der französischen Urfassung und teilweise in deutscher Übersetzung. Bei anderen blieb es bei Planungen für die Einführung des damals modernsten Rechts.

1. Der Sturz Napoleons führte zwar rechtsrheinisch zu einer Abwendung vom französischen Recht, nicht hingegen in den von Frankreich nach dem Wiener Kongress rückabgetretenen Gebieten, die zwischen den deutschen Siegerstaaten aufgeteilt wurden. In der preußisch gewordenen Rheinprovinz, in der bayerischen Pfalz und in Rheinhessen hielt sich der *Code civil* aufgrund des energischen Einsatzes der Bevölkerung über den Sturz Napoleons hinaus bis zum Ende des Jahrhunderts, das französische Justizsystem bis zum Inkrafttreten der Reichsjustizgesetze.

Dagegen blieb im Großherzogtum Baden der in deutscher Übersetzung mit zahlreichen regionalen Sondervorschriften eigenwillig umgestaltete *Code civil*, nunmehr unauffällig als Badisches Landrecht bezeichnet, als rechtliche Klammer um das gerade erst entstandene Land erhalten.

2. Zwar blieb linksrheinisch das moderne französische Justizsystem einschließlich der französischen Zivilprozessordnung weiterhin in Kraft, der Zugang zu dem obersten Gerichtshof, der Pariser *Cour de cassation*, war indes weggefallen. So entstanden sofort nach der Wiener Neuordnung zunächst drei echte Kassationshöfe französischen Rechts auf deutschem Boden, die anstelle der weggefallenen *Cour de cassation* unter Anwendung französischen Prozess- und Rechtsmittelrechts französisches materielles Recht anzuwenden, auszulegen und fortzuentwickeln zur Aufgabe hatten. Diesen Dreien folgte später noch ein vierter, den neuen politischen Verhältnissen geschuldeter und heute praktisch vergessener Kassationshof. Erst die mit den Reichsjustizgesetzen 1879 eingeführte ZPO löste die französisch-rechtliche Kassationsbeschwerde zugunsten des neu geschaffenen Rechtsmittels der Revision ab.

Unter den neuen territorial zuständigen Kassationshöfen ragte vor allem der für die preußische Rheinprovinz eingerichtete Rheinische Revisions- und Kassationshof hervor, der schließlich seinen Sitz in Berlin nahm. In Preußen trat damit neben das altertümliche „Geheime Obertribunal“ ein zweites, nur für das rheinisch-französische Partikularrecht zuständiges oberstes Gericht, das, einem modernen und uns auch heute vertrauten Rechtsmittelsystem folgend, von nun an als Rechtseinheitsgericht neben den französischen Kassationshof trat. Erst als Art. 92 der preußischen Verfassung einen

einzigsten Obersten Gerichtshof für Preußen vorschrieb, endete 1852 der Rheinische Revisions- und Kassationshof in Berlin durch die Vereinigung mit dem Obertribunal, um dort in Gestalt eines besonderen „rheinischen Senats“ fortzuleben.

Auch für die bayerische Pfalz wurde ein Kassations- und Revisionshof, zunächst in Kaiserslautern, dann in Zweibrücken, eingerichtet, bevor 1832 bei dem Oberappellationsgericht in München ein eigener 6. Senat als Kassationshof für das französische Recht im bayerischen Rheinkreis an dessen Stelle trat. Den kleinsten Kassationshof schuf sich das Großherzogtum Hessen-Darmstadt für das ihm zugeschlagene linksrheinische Rheinhessen, Mainz mit etwas Umland, der schließlich ab 1818 seinen Sitz in Darmstadt nahm. Wie bei den preußischen und bayerischen Schwester-Kassationshöfen galt französisches Prozess- und damit auch Kassationsverfahrensrecht neben französischem materiellem Recht unverändert weiter.

3. Neben diese auch ausdrücklich so genannten Kassationshöfe französischen Rechts trat mit der Reichsgründung 1871 ein als kurzfristige Notlösung gedachter und heute weitgehend in Vergessenheit geratener weiterer, jedoch nicht so genannter Kassationshof, der ebenfalls französisches Prozess- und materielles Recht auszulegen und anzuwenden hatte. Für das neue Reichsland Elsass-Lothringen war zwar weiterhin französisches Kassationsrecht anzuwenden, der bisherige Weg zur Pariser *Cour de cassation* war jedoch versperrt. So wurde sofort nach dem Frankfurter Frieden kurzer Hand das gerade zwei Jahre bestehende Bundes- und nunmehr Reichs-Oberhandelsgericht in Leipzig zum obersten Gerichtshof für Elsass-Lothringen bestellt.

Nicht nur die Verfahrensordnung und damit das Kassationsverfahren folgten französischem Recht, auch der Urteilsstil entsprach der klassischen französischen Form. Entgegen seiner Bezeichnung entschied das ROHG für Elsass-Lothringen keineswegs nur in handelsrechtlichen, sondern in Kassationsverfahren auf allen Rechtsgebieten. Vor allem die Entscheidungssammlung des ROHG mit ihren 24 Bänden, unterteilt in die verschiedenen Partikularrechte, aber auch jene der rheinischen, bayerischen und rheinhessischen Kassationshöfe zeichnen ein hinreißendes Bild davon, wie mit hohem Sachverstand und in ständigem Austausch mit der Rechtsprechung des Pariser Kassationshofs vier nur jeweils regional zuständige und jedenfalls formal gleichrangige deutsche Kassationshöfe französisches Recht durchaus eigenständig anzuwenden und eigene Lösungswege zu entwickeln in der Lage waren.

II. Deutsche Sonderwege

Dieser fast einhundertjährige Feldversuch der Geltung französischen Rechts in einem bedeutenden Teil Deutschlands hat vor,

aber auch nach Einführung des BGB zu noch immer sichtbaren Spuren deutscher Sonderwege geführt. Nicht immer auf den ersten Blick erkennbar, werden diese richterrechtlichen, aber auch gesetzgeberischen Sonderwege an drei Beispielen dargestellt.

1. Den Anfang soll der einzige Paragraph des BGB bilden, der aus einer unmittelbaren Übernahme einer Bestimmung des *Code civil* entstanden ist, das eigenhändige Testament (Art. 970 C. civ.). Entgegen der preußischen Tradition folgenden Entwürfen und Reichstagsvorlagen wurde erst in letzter Minute auf Antrag des am französischen Recht geschulten Landes Baden (LRS 970 Bad. Landrecht) mit Blick auf die damit gemachten Erfahrungen das eigenhändige Testament in § 2231 Nr. 2 BGB eingeführt, allerdings nicht in der linksrheinischen Urversion des *Code civil*, sondern nach badischem Vorbild mit der Erweiterung des Formzwangs auch auf die Ortsangabe, war damit also formstrenger als Art. 970 C. civ. Erst § 21 des Testamentsgesetzes (1938) und dessen Einfügung in § 2247 BGB (1953) haben in einem jahrzehntelangen Erfahrungsprozess zu einer bis heute geltenden doppelten Befreiung sowohl von der Form des *Code civil*, der Datumsangabe, als auch von jener der Urfassung des BGB, der Ortsangabe, geführt.
2. Vor allem die Königsnormen des französischen Deliktsrechts, die Art. 1382-1384 C. civ., gaben dem künftigen Gesetzgeber überreiche Denkanstöße zu Anknüpfungen, aber auch zu deutlichen Abweichungen. Im BGB wurde die im französischen Recht (Art. 1384 C. civ.) als Ausgleich für die fast grenzenlosen Handlungsfreiheiten gedachte strenge und umfassende Verantwortlichkeit des Geschäftsherrn für seine Gehilfen eingeschränkt und nur bei der Abwicklung schuldrechtlicher Verhältnisse anerkannt (§ 278 BGB). Für deliktische Ansprüche wurde hingegen der Entlastungsbeweis des Geschäftsherrn eingeführt (§ 831 Abs. 1 Satz 2 BGB). Nur bei der eher exotischen Haftung des Tierhalters für sog. Luxustiere (§ 833 Satz 1 BGB) ist das BGB dem strengen Prinzip der Haftung des Aufsichts- und Obhutspflichtigen ohne jede Entlastungsmöglichkeit gefolgt.

Auch die von der *Cour de cassation* richterrechtlich entwickelte Haftung für den *dommage moral* hat in den §§ 253, 847, 1300 BGB a.F. nur eine engherzige Nachahmung gefunden, die erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, auch hier richterrechtlich, korrigiert werden musste. Vorbereitet wurde die künftige gesetzliche Regelung durch ein Urteil des Rheinischen Senats des Reichsgerichts vom 27. Juni 1882, mit dem das RG zwar für sich in Anspruch nahm, den *Code civil* anzuwenden, diesen jedoch für dessen absehbare

Restlaufzeit als eine Art deutschen *Code civil* auszulegen und darüber hinaus Grundlinien eines neuen deutschen bürgerlichen Rechts zu entwickeln.

Das gewählte Beispiel ist eindrucksvoll. Art. 1382, 1383 C. civ. (seit der Reform 2016 wortgleich in Art. 1240, 1241 C. civ.) bestimmen lapidar, dass der Schädiger den Schaden aus einer widerrechtlichen Handlung zu ersetzen hat. Seit langem hatte der Pariser Kassationshof das Gesetz dahin ausgelegt, dass zu dem Schaden auch der sog. *dommage moral* zählt, der in der Verletzung von Gefühlen, der Kränkung des Ehrgefühls oder der Zufügung physischer oder psychischer Schmerzen besteht. In einer zum rheinischen, also zum unmittelbar geltenden *Code civil* ergangenen Revisionssache stellte sich der II., der rheinische Senat des RG hierzu in klarem Widerspruch (RGZ 7, 295) und sah die Zuerkennung von Schmerzensgeld ohne ausdrückliche gesetzliche Bestimmung nicht als eine vom Gesetz gewollte Entschädigung an. Jahrzehnte vor dem BGB dämmerte damit der ewige Streit um die noch fernen §§ 253, 847, 1300 a.F. und die nur ausnahmsweise gesetzliche Anerkennung eines immateriellen Schadens herauf, angeregt durch exakt dieselbe gesetzliche Bestimmung in der jeweils souveränen Auslegung der beiden obersten Gerichtshöfe Frankreichs und Deutschlands. Für lange Zeit hat sich auch gesetzgeberisch dieser Sonderweg des Reichsgerichts durchgesetzt. Erst die Entscheidungen Herrenreiter und Caroline von Monaco, letztlich also die Nachkriegsverfassung der Bundesrepublik, haben dieses deutsche Urmisstrauen gegen die Aufwiegung von Ehre mit Geld zumindest eingeschränkt.

3. In der Verweigerung eines eigenen aus den wenigen Bestimmungen des französischen Deliktsrechts abgeleiteten Wettbewerbsrechts ist das RG erneut einen völlig anderen Weg als der Pariser Kassationshof gegangen, der Jahrzehnte später Anlass zu gesetzgeberischen Korrekturen lieferte. Lange schon hatten Kassationshof und Praxis in Frankreich aus einer einzigen deliktischen Generalklausel (Art. 1382 C. civ.) Ansprüche gegen eine *concurrency déloyale* als Sonderform der unerlaubten Handlung und damit richterrechtlich ein eigenes Wettbewerbsrecht entwickelt. Wiederum ist der II. Senat des RG in zwei zum linksrheinisch unmittelbar geltenden *Code civil* und zum inhaltsgleichen Badischen Landrecht ergangenen Urteilen eigene Wege gegangen. In den Entscheidungen Appolinaris vom 30. November 1880 (RGZ 3, 68) und Sossidi frères de Constantinople vom 29. April 1892 (RGZ 29,57) folgerte das RG mit einem Umkehrschluss, dass, da der deutsche Gesetzgeber durch das Markenschutzgesetz vom 30. November 1874 ein Sondergebiet geregelt habe, folglich darüber hinaus alles erlaubt, was gesetzlich nicht ausdrücklich verboten sei. Für lange Zeit fehlte da-

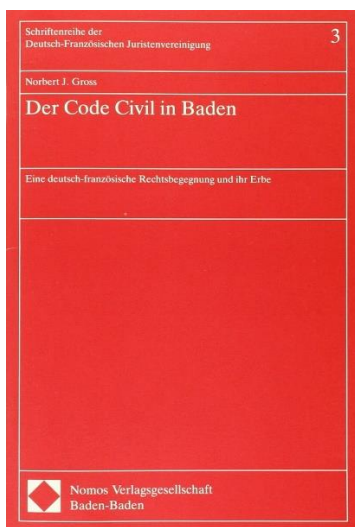
mit in Deutschland ein wirksamer Schutz vor Auswüchsen eines unlauteeren Wettbewerbs. Erst das UWG vom 7. Juni 1909 führte in § 1 die berühmte, fast 100 Jahre lang geltende Generalklausel ein, deren Grundzüge auch in § 3 des völlig neu gefassten UWG vom 3. Juli 2004 erkennbar sind, ein nur schlecht verhüllter Sieg des französischen Modells über den deutschen Sonderweg.

Vier deutsche Kassationshöfe französischen Rechts und der II., der Rheinische Senat des Reichsgerichts haben zu einem fast 100-jährigen Feldversuch mit mehreren parallel fortgeltenden Rechtsordnungen in einem neuen staatlichen Rahmen geführt, der ungemein befruchtend wirkte, einen ständigen internationalen Vergleich herausforderte, und der das französische Recht eigenständig, manchmal auch eigenwillig, aber immer im kritischen Austausch mit der französischen Rechtsprechung fortzuentwickeln in der Lage war. Zum Ende dieser Epoche hat einer der besten Kenner, Carl Crome, bildhaft formuliert, die Deutschen sollten das französische Recht auch unter dem noch taufrischen BGB „als jenen Sauerteig betrachten, den wir der heimischen Speise fleißig beizumischen nicht versäumen sollten“. Ist dieser Auftrag heute erfüllt?

Zur Vertiefung mit Nachweisen:

Norbert Gross, Der Code civil in Baden, Eine deutsch-französische Rechtsbegegnung und ihr Erbe, 1993, Heft 3 der Schriftenreihe der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung; Norbert Gross, Vom Code civil zum BGB – Eine Spurensuche, JZ 2004,1137; Norbert Gross, 200 Jahre Code civil – Ein deutscher Dreiklang: Köln, Karlsruhe, Leipzig, in: FS Bartenbach 2005,21; Norbert Gross, Du Code civil au Bürgerliches Gesetzbuch: une recherche de parenté, in: Le Code civil français en Alsace, en Allemagne et en Belgique. Réflexions sur la circulation des modèles juridiques (Dir. D’Amba, Grewe, Laplane, Laurain), PU Strasbourg, 2006, 31; Norbert Gross, Le modèle allemand de la cassation, in: La cassation: genèse, évolution, méthode et diffusion d’une technique singulière, Dalloz, Paris, 2023,161) ; Norbert Gross, Deutsche Wege und Sonderwege des Code civil, JZ 2023, 719.

Prof. Dr. Dr. Norbert Gross studierte Rechtswissenschaften in Freiburg, Grenoble, London und Amsterdam. Er wurde 1969 in Freiburg i. Br. zum Dr. iur. und 1971 in Grenoble zum Docteur en Droit promoviert. Nach über zwei Jahrzehnten als Rechtsanwalt beim Land- und Oberlandesgericht war er ebenso lange als Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof tätig. Er ist Honorarprofessor der Universität Karlsruhe (KIT) und war Vizepräsident des Europäischen Schiedsgerichtshofs, Vorsitzender des Vereins der beim Bundesgerichtshof zugelassenen Rechtsanwälte, Präsident der Rechtsanwaltskammer beim Bundesgerichtshof sowie Präsident der Association Européenne des Barreaux des Cours Suprêmes.



■ Aus den Hochschulen

Un partenariat unique en faveur de la justice : la Deutsch-Französische Juristenvereinigung (DFJ) et l'Université franco-allemande (UFA)

par Céline Krauß et Margaux Weibel, Sarrebruck

*L'année 2023 marque le 70^{ème} anniversaire de la Deutsch-Französische Juristenvereinigung (DFJ) et les 60 ans du Traité de l'Élysée, deux événements au cœur de la construction européenne. Financée à parts égales par les deux pays partenaires, l'Université franco-allemande (UFA) s'engage depuis sa création, en 1997, à renforcer la coopération universitaire au niveau international et européen. Unique en son genre, l'institution binationale suscite, évalue et participe au financement de cursus franco-allemands et internationaux dans les disciplines les plus variées. Ces programmes sont mis en œuvre par les meilleurs établissements du supérieur dans plus de 140 villes universitaires de part et d'autre du Rhin. Les 208 établissements collaborant sous l'égide de l'UFA forment un réseau qui, en constante évolution, rassemble chaque année plus de 6.100 étudiant*es et 500 docteur*es. La triple qualification académique, linguistique et interculturelle de ces jeunes Européen*nes les destine à exercer des postes à responsabilité à l'international, que ce soit dans le secteur économique, dans le domaine scientifique et politique ou dans l'administration.*

2023, une année significative pour les acteurs franco-allemands

À l'occasion des 60 ans du Traité de l'Élysée, l'UFA organise de nombreuses manifestations incluant réunions d'experts, rendez-vous culturels, colloques, séminaires et bien plus encore. Dans l'objectif de rappeler l'importance de l'amitié franco-allemande et son rôle moteur dans le monde, l'UFA a lancé en septembre dernier l'appel à projets « Traité de l'Élysée – Regarder ensemble vers l'avenir ». Adressé aux étudiant*es, jeunes chercheurs*es, enseignant*es et responsables de programmes du réseau, il vise à faire rayonner la coopération universitaire franco-allemande dans l'ensemble de la société. C'est dans cette perspective que l'UFA soutient, pour un montant pouvant aller jusqu'à 10.000 euros par projet, toutes sortes d'événements académiques impliquant des publics variés, issus des mondes culturels, économiques et associatifs. L'un de ces événements est par exemple le colloque « 60 ans du Traité de l'Élysée : Quelles perspectives d'avenir pour les relations franco-allemandes ? », organisé conjointement par l'Université Paris Panthéon-Assas, la Ludwig-Maximilians-Universität München et la Humboldt-Universität zu Berlin (programme de droit « BerMuPa »), qui se tiendra les 28 et 29 septembre prochains à Paris et vise à faire connaître et à mieux saisir les enjeux actuels de la coopération franco-allemande.

L'offre de formation en droit à l'UFA : un éventail de possibilités

L'UFA possède un large panel de programmes de droit franco-allemand, européen et international, de la licence au master. On y retrouve par exemple le cursus en « Droit français et allemand » de l'Université Toulouse 1 avec l'Universität des Saarlandes, ou encore le cursus en « Droit international privé et Droit du commerce international et européen » de l'Université de Bourgogne avec la Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Parmi les parcours de master, le programme trinational « Juriste Européen » de Paris-Panthéon-Assas se distingue par son nombre important de partenaires : l'Université Humboldt de Berlin, King's College London, Sapienza Università di Roma, Universiteit van Amsterdam, Universidade católica Portuguesa, et l'Université nationale et capodistrienne d'Athènes. Donnant un élan inédit aux formations proposées habituellement par chacune des universités concernées, la mise en commun de leur savoir-faire en matière d'enseignement offre une formation académique unique en son genre. Avec l'obligation de suivre la formation dans trois pays distincts, ce cursus s'inscrit parfaitement dans la démarche européenne de mobilité étudiante de l'UFA.

Le développement de projets communs avec le monde économique

Dans un autre registre, l'UFA met également un point d'honneur à développer des coopérations qui favorisent l'insertion professionnelle et récompensent l'engagement de ses étudiant*es et diplômé*es. En effet, l'UFA est convaincue que la mise en relation précoce entre étudiant*es, diplômé*es et jeunes docteur*es de toutes les filières avec des entreprises et des institutions prestigieuses profite indéniablement à tous les acteurs concernés. À travers ces projets communs, les partenaires de l'UFA bénéficient d'un vaste réseau, leur permettant de se faire connaître et de recruter de futur*es stagiaires et collaborateur*trices hautement qualifié*es.

L'alternance est un secteur très important par lequel l'UFA souhaite consolider les relations entre étudiant*es et acteurs économiques. Cette formation valorise autant l'employeur que l'étudiant*e employé*e. L'UFA œuvre activement pour étendre et diversifier son offre concernant ce type de parcours au sein desquels les étudiant*es forment leurs compétences entre salles de cours et entreprises des deux pays. Fin novembre 2022, une table ronde organisée par l'UFA a réuni des représentant*es des sphères économique, institutionnelle et universitaire en présence d'alumni autour du thème « Alternance, formation duale et stages pratiques : quelles synergies franco-allemandes entre entreprises et enseignement supérieur ? ». Cet échange a permis d'aborder les questions de l'alternance binationale, de l'insertion professionnelle et de l'optimisation des parcours internationaux au niveau universitaire, répondant ainsi aux enjeux socio-économiques actuels.

L'UFA a également développé divers partenariats qui mettent en valeur le travail de ses étudiant*es et diplômé*es tout en encourageant leurs liens avec les entreprises et les diverses institutions impliquées. Les bourses d'entreprises, par exemple, offrent la possibilité aux étudiant*es sélectionné*es d'effectuer un stage ou un mémoire de fin d'études consacré à un travail en entreprise, et d'acquérir ainsi une première expérience professionnelle. Depuis 2002, les Prix d'Excellence et de la Meilleure Thèse de l'UFA récompensent, quant à eux chaque année, les résultats remarquables et les mérites particuliers des meilleurs diplômé*es et jeunes chercheur*euses, ayant accompli un programme d'études ou un doctorat binational. Financés par de nombreux partenaires économiques et institutionnels, ces prix sont remis chaque année alternativement à l'Ambassade de France en Allemagne ou à l'Ambassade d'Allemagne en France, en présence de nombreux*ses représentant*es issu*es des milieux politiques, économiques, institutionnels et universitaires.

La DFJ et l'UFA : un partenariat de longue date et hors pair

Depuis 2017 déjà, l'UFA peut compter sur le solide soutien de la DFJ qui finance plusieurs prix d'Excellence par an, destinés à de jeunes juristes franco-allemands ayant suivi l'un des parcours juridiques proposés par l'UFA. Garants de leur mérite et de leur excellence aux niveaux scientifique et interculturel dans leur discipline, ces prix d'Excellence sont dotés de 1.500 euros chacun.

Cette année encore, deux jeunes diplômé*es de l'UFA ont été récompensé*es par la DFJ pour leurs travaux particulièrement brillants. Nora Hertz, du cursus trinational « Juriste Européen » (Paris-Panthéon-Assas Université / Humboldt-Universität zu Berlin / King's College London), s'est vue récompensée en janvier pour son mémoire portant sur « Les ONG et l'application du droit de l'environnement » aux côtés de Vincent Voerster du programme de droit « BerMuPa » (Paris-Panthéon-Assas Université / Ludwig-Maximilians-Universität München), et dont le travail portait sur « Les actes délégués ».

L'UFA est reconnaissante de pouvoir ainsi honorer chaque année les jeunes talents franco-allemands et de les soutenir dans leur parcours universitaire grâce à des partenaires comme la DFJ, qu'elle remercie une fois de plus pour son fidèle et généreux soutien.

Ce partenariat unique en faveur de la justice est un modèle d'efficacité en Europe. Il faut poursuivre ces collaborations interprofessionnelles et associatives qui permettent non seulement, de renforcer la qualité et l'harmonisation des législations mais surtout, d'accroître les liens intergénérationnels au sein de la société. Cette collaboration entre les deux institutions répond clairement aux objectifs du traité de l'Élysée et il faut en être fier.

Les lauréat*es des Prix d'Excellence et de la Meilleure Thèse 2023, les partenaires économiques et institutionnels, l'Ambassadeur de France en Allemagne, François Delattre, Philippe Gréciano, le Président de l'UFA, et Eva Martha Eckkrammer, la Vice-Présidente de l'UFA
 © Jacek Ruta/DFH-UFA



Universität
franco-allemande
Deutsch-Französische
Hochschule

Céline Krauss est chargée de communication et presse auprès de l'Université franco-allemande, Villa Europa, Kohlweg 7, 66123 Saarbrücken
www.dfh-ufa.org

Collège doctoral franco-allemand en droit public comparé, européen et international

von Dr. Maria Kordeva, Saarbrücken/Straßburg

Depuis 2005, l'Université des Sciences Administratives de Spire (*Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer*) et les Universités Albert Ludwig de Fribourg-en-Brg. (*Albert-Ludwigs-Universität Freiburg-im Brg.*), Paris 1 Panthéon-Sorbonne et l'Université de Strasbourg entretiennent une intense coopération scientifique autour des questions relatives à la comparaison des droits publics en Europe. Grâce au soutien de l'Université franco-allemande, une nouvelle étape de cette fructueuse collaboration a pu être franchie avec la création, en 2008, d'un collège doctoral franco-allemand, auquel s'est associée, en 2015, l'Université de Milan.

L'objet de ce collège vise à approfondir et à renforcer les travaux de recherches portant sur la comparaison des droits publics nationaux et l'intégration européenne. Placé sous la responsabilité scientifique de M. David Capitant (Paris 1) et de Mme Catherine Haguenau-Moizard (Université de Strasbourg) du côté français, de MM. Johannes Masing et Matthias Jestaedt (*Albert-Ludwigs-Universität*) et de M. Karl-Peter Sommermann (DUV Speyer) du côté allemand, ainsi que de Mme Diana-Urania Galetta (Université de Milan) pour l'Italie, son objectif est de renforcer l'encadrement didactique et scientifique des doctorants réalisant leurs thèses en droit public comparé européen, en parvenant à développer un réseau européen d'études et recherches dans ce domaine.

Le 17^{ème} séminaire annuel du Collège a eu lieu à l'Université de Strasbourg (29 juin-1^{er} juillet 2023) et était l'occasion de réunir des doctorants et universitaires français et allemands, plus nombreux que jamais. La conférence inaugurale portant sur les défis actuels du concept d'État de droit en Europe a été tenue par M. Johannes Masing, professeur de droit public à l'Université Albert Ludwig de Fribourg-en-Brs. et ancien juge à la Cour constitutionnelle fédérale d'Allemagne (2008-2020). S'en sont suivies deux journées riches en débats et échanges, entre doctorants et universitaires venant des deux côtés du Rhin.

Les 13 et 14 juillet 2023, l'Université Albert Ludwig de Fribourg-en-Brs. a accueilli, en présence de M. Johannes Masing et de M. Matthias Jestaedt, le 8^{ème} workshop du Collège doctoral portant sur la construction des décisions de la Cour constitutionnelle fédérale d'Allemagne. À la différence du séminaire annuel, cette manifestation scientifique est ouverte aux seuls bénéficiaires d'aides financières de l'institution.

Le Collège doctoral franco-allemand, en coopération étroite avec l'Université franco-allemande, soutient financièrement des doctorants et jeunes docteurs en accordant des aides à la mobilité (700 euros par mois) et des bourses de mobilité (1.300 euros par mois).

Pour plus d'informations aux adresses suivantes : <https://fr.jus-publicum.eu/> - infos.cdfa@gmail.com

Coordinateurs : Dr. Yoan Vilain (HU Berlin) et Dr. Maria Kordeva (Université de la Sarre).





Maria Kordeva est Docteur en droit, collaboratrice scientifique à la Chaire de droit public français de l'Université de la Sarre. Ses domaines de recherche sont le droit constitutionnel, le droit administratif et la théorie du droit.

■ Im Gespräch

In den Gesprächen der Actualités stellen sich Persönlichkeiten des deutsch-französischen Rechtslebens den Fragen der Schriftleitung, insbesondere zu ihrer Motivation, sich in ihrem akademischen Werdegang bzw. in ihrer beruflichen Tätigkeit mit dem Recht des Nachbarlandes zu befassen.

*In der vorliegenden Ausgabe freuen wir uns, über Gespräche mit gleich sechs Jurist*innen zu berichten. Zunächst war es uns ein wichtiges Anliegen, die Leser*innen der Actualités mit Herrn Prof. Dr. Dr. Gross, Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof a.D., vertraut zu machen. Die Teilnehmer*innen der Straßburger Tagung von September 2023 werden seinen brillanten rechtshistorischen Vortrag in Erinnerung haben. Darüber hinaus verdanken wir Frau Stud. Iur. Alix Biette wertvolle Informationen zu der Karriereplanung von fünf Jurist*innen aus dem Saarland, die sie anlässlich ihres Praktikums bei Herrn RA Prof. Dr. Francis Limbach sammeln konnte.*

Prof. Dr. Dr. Norbert Gross, Karlsruhe im Gespräch



Zu einer Zeit, in der Erasmus-Programme und die Deutsch-Französische Hochschule nicht existierten, hat Herr Prof. Dr. Dr. Norbert den beeindruckenden Weg beschritten, nach seiner Promotion an einer deutschen Universität eine Promotion an der Universität Grenoble zu absolvieren. Wie dies zustande kam, wollte die Schriftleitung gern wissen.

Herr Prof. Dr. Dr. Gross ist Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof a.D. Durch Kammervorsitze machte er sich jahrelang stark für die Interessen der deutschen und der europäischen Anwaltschaften bei den obersten Gerichtshöfen. Herr Prof. Dr. Dr. Gross ist Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Sie waren rund 50 Jahre als Rechtsanwalt, davon je zur Hälfte bei den Instanzgerichten und zuletzt ausschließlich beim Bundesgerichtshof zugelassen, haben zuvor auch in Frankreich studiert und promoviert. Was war Ihre Motivation sich als Jurist intensiv mit dem französischen Recht zu befassen?

Nach dem ersten und nach dem zweiten Staatsexamen hatte ich je eines der damals noch seltenen Auslandsstipendien meiner Heimatfakultät sowie im zweiten Jahr eine Assistentenstelle der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Grenoble erhalten. Die Frage nach der Motivation ist einfach zu beantworten: der Ehrgeiz. Ich wollte für meine mich fördernden Fakultäten – und mich selbst – Ehre einlegen und ein Ergebnis vorweisen können. Wären es die USA oder GB gewesen, hätte dort der Blitz eingeschlagen. So war es Frankreich, meine erste Wahl. Und dabei blieb es.

Ist Ihre Qualifikation in einem fremden Recht für Ihre anwaltliche Tätigkeit bei dem Bundesgerichtshof von Vorteil gewesen?

Eine schwierige Frage. So ähnlich wie die Frage nach den Vorteilen zum Erlernen von Latein und Altgriechisch. Welcher Vorteil ist gemeint? Wirtschaftlich ist die aufwendige und fortzuführende Kenntnis einer fremden Rechtsordnung jedenfalls in der Revisionsinstanz beim BGH völlig zu vernachlässigen. Dagegen ist das damit übernommene persönliche „Gepäck“ ein auf Dauer erworbenes kulturelles Gut, das durch nichts zu ersetzen ist.

Sie haben sich lange Zeit für die Interessen der Anwaltschaften bei den europäischen obersten Gerichtshöfen stark gemacht und hatten dadurch einen regelmäßigen Austausch mit Ihren europäischen Kollegen. Konnten Sie dabei große Unterschiede zwischen der täglichen Praxis der europäischen Revisionsanwälte feststellen?

Die Unterschiede sind riesig. Es gibt, grob gesagt, zwei Modelle des anwaltlichen Zugangs zu den Obersten Gerichtshöfen in Europa: entweder das schon im vorrevolutionären Frankreich, aber auch beim Reichskammergericht eingeführte System kleiner und speziell zugelassener Anwaltschaften oder der freie Zugang aller Rechtsanwälte.

Wer mehr über Gründe und Einzelheiten wissen will, den darf ich auf meine folgenden Beiträge verweisen: „Rechtsanwälte in Europa-Die Vertretung vor den Obersten Gerichtshöfen“, FS Günter Hirsch, 2008, 483; „Der Revisions- und der Kassationsanwalt, FS V. Vorwerk, 2019, 97; „Der Revisions- und der Kassationsanwalt – Herkunft und Gegenwart.

Eine deutsch-französische Rundschau zum 150-jährigen Jubiläum des DAV“, AnwBl Online, 2020,583.

Neben den Unterschieden haben sich vor allem durch einen zunehmenden Austausch und damit gegenseitige Kenntnis auch bedeutende Annäherungen entwickelt. Historisch bedingt und keineswegs nur dekorativ wird die französische Kassationsanwaltschaft als *Ordre* bezeichnet, während die beim BGH zugelassenen Rechtsanwälte in einer und zudem der kleinsten Rechtsanwaltskammer und im Rahmen der Bundesrechtsanwaltskammer organisiert sind. Die Arbeitsweise am Fall – hier Revision, dort Kassation – gleicht sich weitgehend.

Welche Empfehlungen würden Sie an junge Juristen mit einem deutsch-französischen Hintergrund, die eine Laufbahn in Deutschland anstreben, aussprechen?

Dranbleiben und sich ständig fortbilden, um auch nach 20 und mehr Jahren noch mitreden zu können. Und gelegentlich den Blick zurück in die überreiche deutsch-französische Rechtsgeschichte werfen, um dabei sämtliche Fragen nach materiellen Vorteilen vergessen zu können.

Wir danken für das Gespräch!

Retour de professionnels sur leurs activités juridiques franco-allemandes

par Alix Blinette, Mayence

Dans le cadre des relations juridiques franco-allemandes, différents corps de métier interviennent dans des affaires de nature très diverses. Dans cet article, cinq personnes, ayant un lien plus ou moins étroit avec ces relations juridiques, ont été interviewées. Elles ont exposé leur parcours de formation pour accéder au métier qu'elles exercent aujourd'hui, mais ont aussi eu l'occasion d'énoncer leurs avis sur les relations juridiques franco-allemandes, ainsi que les problèmes que ces dernières peuvent générer. Elles prodiguent également des conseils à destination des étudiants voulant poursuivre dans le domaine franco-allemand.

Cet article permet donc de dépeindre ces différents corps de métier, que sont celui d'avocat, de juge, de notaire, de juriste au sein d'une banque, et de directeur*rice de l'Institut supérieur franco-allemand de techniques, d'économie et de sciences.

Présentation des personnes interviewées

Les cinq interviews ont été réalisées dans le cadre d'un stage dans le cabinet du Professeur Francis Limbach, auprès de per-



Elodie Tröger, Saarländische Landesbank



Martin Peil, Vorsitzender Richter am Landgericht Saarbrücken

sonnes ayant un lien plus ou moins étroit avec les relations juridiques franco-allemandes. Celles-ci exercent toutefois des activités différentes et exposent les situations auxquelles elles font face, mais aussi les difficultés, et proposent des solutions à celles-ci.

La première personne interrogée est Madame Elodie Tröger. Juriste de formation, elle avait, dans un premier temps, intégré le service juridique de la *Saarländische Landesbank* (SaarLB), la banque publique d'affaires de la Sarre. Cette banque est située à Sarrebruck et est très active, notamment dans les dossiers financiers franco-allemands. Elle a commencé à y travailler en 2018, mais a dernièrement changé de poste au sein de la banque. Elle fait désormais partie du service risque, en tant qu'analyste entreprise.

Le second est Monsieur Martin Peil, président de chambre au sein du *Landgericht* (tribunal civil allemand, correspondant à l'ancien tribunal de grande instance français) de Sarrebruck, et ayant pour spécialité le droit des assurances.

La troisième personne est Maître Evelyn Wittenbrock, notaire à Sarrebruck, qui travaille principalement dans le domaine du droit immobilier. Elle s'occupe également de tout ce qui concerne le domaine du droit de la famille, mais également du droit des sociétés. Cependant, contrairement aux notaires français, elle ne peut pas agir en tant qu'agent immobilier, et ne couvre pas non plus les questions fiscales.

La quatrième personne interviewée, Maître Katharina Vièl, avocate issue d'une famille franco-allemande, travaille dans le domaine de la propriété intellectuelle. Dans le cabinet où elle exerçait dernièrement, les avocats s'occupaient principalement d'affaires relatives au droit des marques, accompagnant ainsi les clients dans le développement et l'enregistrement de leur marque et assurant la protection de cette dernière en cas de litige. Elle exerce désormais en tant qu'indépendante.

Enfin, la Professeure Sybille Neumann est directrice de l'Institut supérieur franco-allemand de techniques, d'économie et de sciences (*Deutsch-französisches Hochschulinstitut für Technik und Wirtschaft*), qui propose des études entièrement intégrées aux étudiants et agréées par l'Université franco-allemande. Madame Neumann dirige cet institut, le représente vis-à-vis des institutions, mais aussi au sein de la *Hochschule für Technik und Wirtschaft* (École supérieure des techniques et d'économie, la « HTW »), où elle enseigne.

I. Études et formation



Notarin E. Wittenbrock



RAin Katharina Vièl

La plupart des personnes interviewées ont suivi un cursus qui les orientait vers une profession juridique en rapport avec les relations franco-allemandes ou qui leur ouvrait au moins un accès à l'international.

En effet, trois d'entre elles ont suivi une formation franco-allemande dès le lycée. Maître Wittenbrock et Maître Vièl ont été élèves au Lycée franco-allemand de Sarrebruck, et ont donc été confrontées aux deux langues dès leur plus jeune âge. Quant à Madame Tröger, elle a passé un baccalauréat franco-allemand (« Abibac ») en France, et a donc étudié l'allemand dans le cadre de celui-ci. Par la suite, elles ont toutes les trois décidé de suivre leurs études au Centre juridique franco-allemand de Sarrebruck.

Madame Tröger a choisi de commencer son cursus à Sarrebruck en coopération avec Strasbourg, portant sur le droit français et le droit allemand, avec une orientation sur le droit des affaires. Ce parcours lui a permis d'obtenir une Licence et un Master dans ce domaine. Maître Wittenbrock s'est, quant à elle, concentrée sur le droit allemand après l'obtention de son DEUG. Enfin, Maître Vièl a fait une licence au Centre juridique franco-allemand de Sarrebruck, en coopération avec l'Université de Lorraine. Madame Neumann a également intégré l'Université de Sarrebruck au cours de ses études, mais plus tard. En effet, elle a fait des études de droit à Francfort et à Lausanne. Cependant, comme elle a toujours été francophile, elle a préféré passer son second *Staatsexamen* à Sarrebruck. Par la suite, elle est devenue assistante au Centre juridique franco-allemand, et a fait une thèse après son second *Staatsexamen*.

De plus, chacune de ces personnes a vécu des expériences à l'étranger. Après avoir obtenu sa Licence et son Master, Madame Tröger est partie étudier pendant un an en Erasmus à Cologne, afin de s'améliorer en droit allemand des affaires, étant donné qu'elle en avait peu fait pendant son cursus. Une fois revenue en France, elle a passé le CAPA français pour devenir avocate, et a obtenu le barreau à Strasbourg. Or, juste après, alors qu'elle effectuait l'un de ses stages à la SaarLB, elle a finalement décidé de rester travailler dans cette structure. Elle n'a donc pas prêté serment à la sortie de l'école d'avocat. Elle a commencé à travailler dans cette banque dès 2018.

Pour ce qui est de Madame Wittenbrock, après avoir commencé son *Referendariat* (période de formation juridique pour les étudiants allemands, qui se fait à travers des stages dans les différents métiers du droit, entre le premier et le second *Staatsexamen*) à Sarrebruck, elle a suivi en parallèle des études à l'Université de Strasbourg, afin d'obtenir une maîtrise de droit en France.

De plus, dans le cadre de ce *Referendariat*, elle a pu assister à une présentation du métier de notaire par le gérant de la Chambre des notaires de la Sarre. C'est à ce moment-là qu'elle a eu l'idée de devenir notaire. Elle s'est finalement décidée après son second *Staatsexamen*, pendant lequel elle a pu observer le métier quelques jours durant.

Madame Vièl a, quant à elle, poursuivi son cursus en droit allemand, avec le premier *Staatsexamen*, pour lequel sa spécialisation était le droit civil français. Elle a ensuite commencé le *Referendariat*, pendant lequel elle a pu participer à un partenariat entre la Sarre et l'École des barreaux de Paris. Elle a ainsi pu suivre, pendant trois mois, les cours de l'école du barreau de Paris (en distanciel, en raison du covid), ce qu'elle a trouvé très intéressant. En parallèle, elle était également en stage dans un cabinet d'avocats français, spécialisé en propriété intellectuelle. C'est une expérience qu'elle recommande car cela permet de voir les différences entre la formation française et la formation allemande. Les cours d'éloquence en France l'ont particulièrement impressionnée et intéressée. Elle a également effectué des stages dans les deux pays, et a pu identifier les différences de méthodes de travail entre les avocats français et allemands.

En ce qui concerne Madame Neumann, en plus de son séjour à Lausanne, elle a également travaillé en France, en tant qu'avocate. En effet, à l'époque où elle se trouvait au Centre juridique franco-allemand, Claude Witz était l'un des directeurs de celui-ci, et avait précédemment collaboré avec un cabinet d'avocat à Strasbourg. De ce fait, Madame Neumann a également décidé d'exercer le métier d'avocat à Strasbourg. Elle s'est donc rapidement formée au droit français et a passé le CAPA, avant d'exercer pendant quelques années à Strasbourg. Selon ses dires, cela était un travail très prenant, mais très intéressant. Toutefois, avant de commencer ses études de droit, Madame Neumann avait également envisagé de devenir professeur de lycée pour le français et l'anglais, mais avait finalement préféré s'orienter dans des études juridiques. Mais, lorsqu'elle exerçait à Strasbourg, elle a vu les difficultés à concilier vie familiale et vie professionnelle. De ce fait, elle s'est tournée vers le métier de professeur, et depuis 20 ans, elle enseigne le droit à la HTW.

Enfin, Monsieur Peil a également étudié à l'étranger au cours de son cursus, en passant une année en Angleterre, car il avait un véritable intérêt pour l'international. Il a également obtenu une maîtrise en droit européen. Cependant, contrairement aux quatre autres personnes, Monsieur Peil a la particularité de ne pas avoir suivi de cursus franco-allemand au cours de ses études.



Prof. Dr. Sybille Neumann

Il a en effet suivi, pour sa part, le cursus allemand de droit classique. Mais cela ne l'a pas empêché d'accepter de faire partie de la chambre française du tribunal, afin de pallier à la difficulté de trouver des juges pouvant s'occuper de cette structure. Il s'est surtout intéressé au domaine franco-allemand, en raison de son cadre personnel, car il est marié à une Française et réside désormais en France.

II. Les activités relatives aux relations franco-allemandes

Chacune des personnes présentées précédemment a pour particularité d'exercer des activités plus ou moins orientées vers les relations franco-allemandes.

Dans le cadre de son ancien poste, Madame Tröger pratiquait le plus souvent le droit français, bien que son travail se fasse dans un environnement purement franco-allemand. En effet, quand un client est français et établit un contrat de droit français, il y a peu d'interactions avec le droit allemand. Toutefois, il existait tout de même des points de rencontre importants entre les deux droits, comme le fait qu'il s'agisse d'une banque allemande, régie par le droit allemand. De plus, les clients étant souvent des groupes franco-allemands, il était parfois nécessaire de travailler avec les deux droits. Dans ce cas, un duo avec un juriste allemand et un juriste français se formait pour établir les contrats nécessaires. Enfin, une des activités que Madame Tröger préférait, était le *cross-border*, qui posait parfois des questions dans plusieurs domaines, notamment sur les différences culturelles entre la France et l'Allemagne. Ce serait par exemple le cas si un client français entendait s'installer en Allemagne. Le client contracte alors un crédit auprès de la banque allemande, ce qui suppose l'utilisation de méthodes différentes pour réaliser ce crédit, mais aussi la fourniture de documents différents de ceux demandés en France. Dans ce cadre-là, elle pouvait user de sa double culture, afin de créer un pont entre les deux pays.

Pour ce qui est de Monsieur Peil, il a des rapports juridiques franco-allemands plus particuliers. Il existe en effet deux chambres françaises au sein du *Landgericht* de Sarrebruck (une chambre civile et une chambre commerciale), qui sont toutes les deux présidées par Monsieur Peil. De ce fait, il pourrait être confronté à des affaires françaises. Cependant, aucun dossier de ce genre n'a encore été déposé. Dans la chambre de droit des assurances où il exerce également, le droit français trouve rarement à s'appliquer. Monsieur Peil n'est donc actuellement pas particulièrement confronté à des situations franco-allemandes.

Toutefois, il lui est déjà arrivé de l'appliquer à certains contrats dans la chambre où il exerçait précédemment, et cela pourrait de nouveau lui arriver à l'avenir. De plus, il reste très intéressé

par les cas de droit international, même si son intérêt dépendra le plus souvent du dossier traité et des questions que celui-ci posera. Il a par exemple été confronté une fois à un dossier qui concernait les relations franco-rwandaïses, et qui mêlait une entreprise allemande, sous-traitante d'une société française.

Maître Wittenbrock a, pour sa part, une particularité dans son métier de notaire exerçant en Allemagne. En effet, en matière de vente immobilières, les notaires allemands ne sont compétents que pour les biens immobiliers situés sur le territoire allemand. Par conséquent, elle ne peut pas procéder à la vente d'une maison ou d'un appartement se trouvant en France, et doit réorienter les clients vers l'un de ses confrères français, si tel est le cas. Donc, les notaires qui travaillent dans le domaine franco-allemand le font plutôt car ils maîtrisent les deux langues. Toutefois, cela n'enlève rien au fait que Maître Wittenbrock se retrouve fréquemment confronter à des cas très différents. Elle a, par exemple, des clients venant de divers pays, ce qu'elle trouve intéressant car cela la confronte à de nouvelles problématiques et enrichit ses compétences.

Dans le cabinet où elle exerçait dernièrement, les cas franco-allemands auxquels Maître Vièl était confrontée étaient rares. Elle a tout de même été récemment contactée par une cliente française, qui avait utilisé, sans autorisation, des photos protégées par le droit d'auteur sur son site Internet. Elle avait été mise en demeure par l'avocat allemand de l'auteur, qui demandait entre autres le remboursement des frais de la mise en demeure, ce qu'elle ne comprenait pas étant donné que la législation est différente en France. Par la suite, la cliente a dû avoir recours au cabinet, afin qu'il la conseille sur le droit allemand, celui-ci étant applicable.

Cela est finalement souvent le cas car, en tant qu'avocate allemande, Maître Vièl ne peut pas conseiller en droit français. L'aspect franco-allemand de sa profession réside surtout dans le fait qu'elle maîtrise le français, et donc qu'elle conseille des francophones qui ne connaissent pas le droit allemand, tout comme Maître Wittenbrock. Désormais à son compte, elle souhaiterait cependant pouvoir travailler plus souvent avec des clients français, afin de pouvoir user de cette carte de la langue, afin d'aider les personnes qui ne parlent que français, en droit allemand.

Enfin, pour ce qui est des activités de Madame Neumann, elle dispense des cours de droit international privé. En effet, par les cours de langue dont ses étudiants disposent, le noyau de leurs études reste le management interculturel, et ce, peu important la filière. Cela permet de s'adapter lorsque des commerçants de

III. Les difficultés pratiques et besoins de juristes dans les relations franco-allemandes

différents pays mènent des négociations, dans le respect des coutumes de chacune des parties. De plus, Madame Neumann enseigne le droit international privé des contrats, en langue française, ce qui est utile pour les étudiants français.

Il a ensuite été demandé aux différentes personnes interviewées si elles constataient la présence de problèmes juridiques au sein des relations franco-allemandes, mais aussi si elles constataient le besoin de juristes dans ce domaine.

Dans l'ensemble, l'un des problèmes revenant le plus est celui relatif à la communication et coopération entre les deux pays. En effet, pour Madame Tröger, le plus grand problème réside dans le fait qu'il existe un manque de professionnels maîtrisant les deux langues et les deux droits. Il y a donc un véritable besoin de personnes pouvant faire le pont entre les deux et permettre d'éviter les problèmes de compréhension mutuelle. Pour résoudre ces problèmes, Madame Tröger conseille les séjours à l'étranger, afin de découvrir la culture de l'autre pays.

Madame Vièl pense également qu'il existe des problèmes de communication et de coopération, plus précisément au niveau des procédures judiciaires, notamment en ce qui concerne l'exécution des jugements à l'étranger. Il est alors nécessaire de traduire la décision dans la langue du pays (ce qui engendre des coûts), puis il faut la faire signifier. Le problème ici, est que certains tribunaux méconnaissent les règles des autres pays en matière de signification. Il lui est notamment déjà arrivé de rencontrer ce problème dans une affaire en droit pénal à Sarrebruck, pendant son *Referendariat*. En effet, à plusieurs reprises, des résidents français ne s'étaient pas présentés à l'audience, car ils n'avaient pas reçu de signification.

Quant à Monsieur Peil, il constate également des problèmes de communication, notamment au niveau pénal et au niveau de la police. Cependant, ceux-ci se seraient déjà quelque peu améliorés, et Monsieur Peil tempère ses propos, en expliquant qu'en général, ces problèmes sont rares et les relations franco-allemandes restent très bonnes. Il y a notamment, au niveau des tribunaux proches de la frontière (comme les tribunaux de Sarrebruck et de Sarreguemines), de très bons contacts, ainsi que des rencontres régulières.

Madame Wittenbrock et Madame Neumann constatent également des problèmes, qui sont cette fois-ci plutôt tournés vers les législations trop différentes. En effet, Madame Wittenbrock relève notamment des problèmes juridiques pour les successions. Il est par exemple souvent compliqué pour le notaire d'étudier un dossier, dans lequel la personne décédée avait son dernier

domicile en France, car dans ce cas, le notaire allemand n'a pas de compétence. Il faut donc souvent réorienter les héritiers vers la France. Cela peut poser des problèmes, notamment au niveau pratique, mais aussi au niveau de la langue et du temps pour traiter le dossier. Il serait donc bénéfique de pouvoir arriver à un droit commun pour tous les pays européens dans ce domaine, même si une telle réforme est loin d'aboutir. Il faudrait aller plus loin que les règlements européens relatifs à la loi applicable, bien qu'ils servent déjà beaucoup pour ce qui concerne la désignation du droit applicable.

Madame Vièl semble en accord avec ce point de vue, car elle pense qu'il faudrait une harmonisation du droit en matière de procédure et de signification. Cela est très cher, très compliqué, et pas toujours transparent. De ce fait, pour elle, l'harmonisation du droit serait la meilleure solution, bien qu'elle ait conscience qu'il soit très compliqué de se mettre d'accord sur la meilleure méthode à mettre en place, lorsqu'elles sont toutes différentes. Madame Neumann explique quant à elle que, lorsqu'elle était avocate, elle a plusieurs fois eu des problèmes concernant les règles de droit applicable à un contrat franco-allemand (tel qu'un contrat soumis au droit allemand, mais dans lequel des règles impératives françaises du droit de la consommation devaient être appliquées). Dans ces cas, il peut être complexe de concilier ces deux droits assez différents, même si cette situation a pu se réduire avec le rapprochement des droits et le droit européen.

Monsieur Peil observe encore d'autres difficultés, qui se trouvent cette fois-ci, au niveau des tribunaux. En effet, il relate toujours des problèmes dans la justice, mais ceux-ci sont d'autant plus de l'ordre de la rapidité du rendu d'un jugement, et de la durée de la procédure. Pourtant, mieux vaut, selon lui, rendre une décision tard, mais bien fondée.

Enfin, pour ce qui du besoin de juristes ayant une formation franco-allemande, Madame Tröger, Monsieur Peil, Maître Vièl et Madame Neumann conviennent qu'il existe un véritable marché de juristes ayant cette formation, notamment dans les entreprises transfrontalières ou les institutions européennes, et ce dans tous domaines du droit. On peut notamment prendre l'exemple donné par Maître Vièl, des entreprises françaises développant une marque et souhaitant l'étendre au marché allemand. En outre, les entreprises luxembourgeoises spécialisées dans l'audit recherchent souvent des professionnels franco-allemands.

IV. Des conseils pour les étudiants

Enfin, il a été demandé aux personnes interviewées si elles avaient des conseils à donner aux étudiants intéressés par les relations franco-allemandes.

Pour Madame Tröger, les étudiants doivent rester curieux par rapport à toutes les matières étudiées, et ne pas faire des « stratégies, afin d'obtenir leur semestre ». De plus, il faut également garder cette ouverture d'esprit dans les relations avec les autres étudiants, en s'intéressant à ceux de l'autre pays et à leur culture. Maître Vièl rejoint Madame Tröger sur cette idée d'ouverture d'esprit et de découverte de la culture et ajoute qu'il faut aussi profiter de ces échanges à l'étranger. Elle pense également que, même si les programmes de traduction deviennent de plus en plus performants, tous les parcours biculturels, où il y a un véritable échange entre les deux cultures, ont une plus-value.

De plus, une partie des personnes interviewées incite les étudiants à aller dans les autres pays. C'est en effet le cas de Monsieur Peil, qui conseille aux étudiants de ne pas se laisser décourager par la langue s'ils vont à l'étranger. Madame Neumann pense, quant à elle, que la réalisation de stages en Allemagne ou en France est très bénéfique car cela permet d'élargir son esprit et de mieux comprendre son propre droit, en étudiant d'autres systèmes. En outre, c'est l'occasion de travailler avec d'autres corps de métiers et donc de découvrir d'autres points de vue et approches d'un cas. En ce qui concerne Maître Wittenbrock, elle conseille également aux étudiants de réaliser des stages, mais aussi de s'informer et de rencontrer des professionnels durant leurs études. Pour sa part, elle accueille des étudiants qui viennent travailler dans son cabinet.

Maître Vièl ajoute que peu importe le métier que l'on veut exercer, il est important de choisir une carrière avec laquelle on a des affinités. Ensuite, à l'attention des étudiants franco-allemands, il est important de ne pas baisser les bras pendant ces études exigeantes.

Enfin, Madame Tröger ajoute un dernier conseil : il faut rester ouvert à tout, en ce qui concerne la profession que les étudiants seront amenés à exercer. Même s'il est bien d'avoir une idée précise de ce que l'on veut faire ou ne pas faire, il faut tout de même se garder des portes ouvertes et réfléchir à d'autres domaines qui pourraient nous plaire. Elle se donne elle-même en exemple, en expliquant qu'elle ne s'était jamais dit qu'elle ferait du droit toute sa vie, ce qui lui a permis, après huit ans d'études de droit et cinq ans de travail en tant que juriste, de pouvoir désormais travailler à un poste dans un domaine totalement différent.



Alix Blinette est étudiante en Master Juriste franco-allemand, Internationales Privatrecht und europäisches Einheitsrecht, dans le cadre du cursus intégré Dijon-Mayence. Elle est actuellement en seconde année de Master à Mayence.

■ Recht verständlich

Schutz für Whistleblower: *le lanceur d'alerte* / der Hinweisgeber

von Dr. Konstanze Brieskorn, Berlin/Paris

Die Bedeutung von Whistleblowern und deren Schutz gegen Repressalien ist spätestens seit den US-amerikanischen Fällen um Chelsea Manning und Edward Snowden weltweit in der Diskussion. Auf EU-Ebene wurde hierzu die Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (Hinweisgeberschutzrichtlinie) verabschiedet, die bis zum 17. Dezember 2021 in nationales Recht umzusetzen war. In Frankreich ist dies durch das Gesetz zur Verbesserung des Schutzes von Whistleblowern geschehen, das am 22. März 2022 im *Journal Officiel* veröffentlicht wurde und am 1. September 2022 in Kraft trat (*loi n° 2022-401 du 21 mars 2022 visant à améliorer la protection des lanceurs d'alerte*). In Deutschland brauchte es dagegen mehrere Anläufe, bis das Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz - HinSchG) beschlossen, am 2. Juni 2023 verkündet war und am 2. Juli 2023 in Kraft treten konnte.

Mit den getroffenen Regelungen werden natürliche Personen geschützt, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit Kenntnis über Rechtsverletzungen erlangt haben. Informationen hierüber können an unternehmensinterne oder externe Meldestellen gemeldet werden. Die öffentliche Bekanntgabe dieser Informationen ist in eng begrenzten Fällen zulässig.

Die Identität des Hinweisgebers sowie anderer mit der Meldung verknüpfter Personen darf ohne deren Zustimmung nur in Ausnahmefällen offengelegt werden. Meldungen können auch anonym erfolgen.

Hinweisgebende Personen sind gegen alle ungerechtfertigten Nachteile wie etwa Kündigung, Abmahnung, Versagung einer Beförderung, geänderte Aufgabenübertragung, Disziplinarmaßnahmen, Diskriminierung, Rufschädigung oder Mobbing geschützt. Zum anderen ist aber auch die hinweisgebende Person zur Erstattung des durch eine vorsätzliche oder grob fahrlässige Falschmeldung eingetretenen Schadens verpflichtet.

Die Unterschiede bei der Umsetzung der Richtlinie in Deutschland und Frankreich sowie auf die Erfahrungen Frankreichs mit seinem Hinweisgeberschutzgesetz, von denen sich die deutsche Praxis inspirieren lassen kann, werden wir in einer der nächsten Ausgaben beleuchten.



Dr. Konstanze Brieskorn ist Rechtsanwältin in Berlin, Kanzlei hw&h Hertslet Wolfer & Heintz Avocats & Rechtsanwälte, Paris. Ihre Tätigkeitsschwerpunkte sind Arbeits- und Wirtschaftsrecht im deutsch-französischen Rechtsverkehr. Sie ist Mitglied der Schriftleitung der Actualités.

■ Lesenswertes

Vues croisées franco-allemandes sur la tentative manquée – une brève lecture française de la thèse de Michelle Weber „*Reform des fehlgeschlagenen Versuchs - Zugleich ein rechtsvergleichender Beitrag zum délit manqué im französischen Strafrecht*“, éd. Nomos, 2022, 232 p.

de Julien Walther, Metz



Paru en 2022 dans la collection *Schriftenreihe der DFJ* aux éditions Nomos, cette thèse est consacrée à la figure juridique du délit ou tentative manquée (aussi appelée tentative infructueuse) – le *fehlgeschlagener Versuch* du droit allemand. D'emblée, précisons qu'il s'agit dans ces lignes du regard d'un juriste français posé sur cette thèse soutenue à l'Université de la Sarre sous la direction du professeur Guido Britz. Il faut souligner que l'Université de la Sarre est riche d'une tradition comparatiste franco-allemande solide et établie – y compris en droit pénal - notamment sous l'impulsion du professeur Heike Jung, dont l'auteur de ces lignes est lui-même un élève. La thèse de Madame Weber s'inscrit ainsi, dans une certaine mesure, dans une tradition sarroise et la fait dignement perdurer.

Les travaux de droit pénal comparé franco-allemand restent malgré tout encore trop peu nombreux, en particulier ceux qui portent sur le droit pénal matériel général. La thèse de Michelle Weber consacrée à des formes particulières de la tentative est donc un apport intéressant et riche explorant des chemins de traverse et des influences historiques dans ce qui pourrait sembler, au premier regard, un sentier souvent parcouru mais en fait peu cartographié – en tout cas sous un double regard français et allemand.

Si la tentative manquée est évoquée à l'article 121-5 du code pénal français qui précise que « la tentative est constituée dès lors que, manifestée par un commencement d'exécution, elle n'a été suspendue ou n'a manqué son effet qu'en raison de circonstances indépendantes de la volonté de son auteur », elle n'est en revanche prévue par aucun texte du StGB allemand. Ainsi les § 22 et suiv. du StGB ne traitent aucunement de cette problématique. Et si la doctrine allemande est partagée au sujet de ce concept, parfois qualifié de « mauvaise herbe » ou de « construction inutile », ce dernier est retenu en doctrine, par la jurisprudence des cours allemandes et utilisé pour accompagner et circonscrire le désistement volontaire – *Rücktritt*. Ainsi le *fehlgeschlagener Versuch* peut être présenté comme un cas d'impossibilité du désistement volontaire (*Fall der Rücktrittsunfähigkeit*)¹. Il peut alors être sommairement défini comme les cas dans lesquels l'auteur de la tentative reconnaît ou pense que le résultat recherché ne peut être atteint par son action et est ainsi privé du bénéfice de l'impunité du § 24 du StGB.

Madame Weber entend mettre de l'ordre dans ce jardin à l'allemande, un peu trop sauvage, et dresser une nomenclature de ces herbes folles. Pour ce faire, elle esquisse ainsi une généalogie des concepts, dont elle souligne l'origine française, et expose les théories qui sous-tendent et accompagnent la figure de la tentative manquée – permettant au juriste français de découvrir une synthèse fort utile des constructions allemandes en la matière - constructions qui lui sont souvent difficiles à cerner, tant elles sont théoriques.

Madame Weber rappelle pour introduire son propos - après une brève présentation de la structure classique de l'infraction française divisée en trois éléments (p. 28 et s.) - que la tentative française sous toutes ses formes (p. 30 et s.) suppose, pour être punissable, deux conditions posées par la loi : une positive, le commencement d'exécution qui existe également en droit allemand (*unmittelbares Ansetzen*) et une négative, l'absence de désistement volontaire. Cette der-

¹ V. par ex. C. Roxin, *Strafrecht - Allgemeiner Teil*, Bd. II, éd. Beck, 2006, p. 502 et s.

nière condition n'existe pas à l'identique en Allemagne, son équivalent fonctionnel étant le *Rücktritt more germanico* du § 24 du StGB qui opère comme un *persönlicher Strafaufhebungsgrund*, une cause de non-punissabilité pour la doctrine majoritaire allemande (le lecteur francophone nous pardonnera ce germanisme). En revanche, le droit français ne connaît pas de construction distinguant la tentative achevée de la tentative inachevée (*beendeter-unbeendeter Versuch*) et les distinctions complexes qui en découlent en termes de possibilités temporelles de désistement. Même si le § 24 du StGB ne prévoit pas expressément cette distinction, doctrine et jurisprudence allemande s'accordent largement pour dire que la tentative inachevée est celle dans laquelle l'auteur pense qu'il n'a pas encore fait tout ce qu'il estimait nécessaire pour atteindre le résultat escompté (c'est donc une approche subjective selon la théorie dite de l'horizon du désistement (*Rücktrittshorizont*) corrigé tel qu'il est présent dans l'esprit de l'auteur). *A contrario*, si l'auteur pense avoir accompli tout ce qui est nécessaire pour arriver au résultat recherché, la tentative est achevée et le désistement bien plus difficile – il ne suffit plus d'interrompre son comportement infractionnel, mais de rechercher à ce que ne survienne pas concrètement le résultat escompté et prévu par le texte d'incrimination (*Verhinderung der Vollendung der Tat*), comme par exemple chercher des secours pour soigner la personne blessée. Pour le juriste français, la différence avec le repentir actif est difficilement perceptible et la distinction subtile. Madame Weber aborde ces éléments de comparaison à divers moments de son exposé (p. 37 et s.).

Madame Weber souligne ici que certaines constructions doctrinales allemandes rapprochent les deux systèmes, comme celles dans lesquelles le *Rücktritt* est analysé comme un *negativer Tatbestandsmerkmal* – c'est le cas par exemple chez R. Hippel² - ou intégré à la tentative comme chez M. Herrmann³. C'est renouer avec des auteurs plus anciens comme Karl Binding et une vision d'ensemble de la tentative – une *Gesamtbetrachtung*.

La généalogie de la figure du « délit manqué » à la française – proche du *delitto frustrato* italien – peut, selon elle, être tracée jusqu'aux premiers temps de la législation révolutionnaire, mais prend date surtout avec le Code pénal napoléonien de 1810. Très vite, délit manqué et tentative inachevée (au sens français du terme) seront assimilés par la doctrine et par le législateur français à l'article 2 du

² R. Hippel, *Untersuchungen über den Rücktritt vom Versuch - zugleich ein Beitrag zur allgemeinen Versuchslehre*, éd. De Gruyter 1966 (rééd. 2017), p. 66 et s.

³ M. Herrmann, *Der Rücktritt im Strafrecht - Eine kritische Analyse von § 24 StGB de lege lata und Überlegungen de lege ferenda*, éd. Duncker und Humblot, 2013.

code pénal de 1810. Si les premières codifications allemandes (comme le code pénal du Wurtemberg de 1855) s'inspiraient de cette construction, le code prussien de 1851 a pris ses distances avec ce modèle français. Le droit français connaît donc depuis longtemps deux hypothèses légales de tentatives : la tentative *stricto sensu* qualifiée de suspendue, inachevée dans le sens où l'auteur des faits n'est pas allé au-delà d'un commencement d'exécution parce que l'auteur s'est interrompu en cours de route et celle dite manquée ou infructueuse. Ce qui marque cette tentative infructueuse ou manquée française, c'est l'accomplissement de la totalité des actes d'exécution et une interruption involontaire. La tentative est alors infructueuse, soit parce que le résultat escompté par l'auteur n'a pas été atteint (malgré la volonté initiale de l'auteur), en cela elle est manquée, soit parce que le résultat voulu était *ab initio* impossible à atteindre (l'infraction est alors dite impossible).⁴ Dans le premier cas, l'assimilation à la tentative inachevée ou suspendue *stricto sensu* est du fait du législateur, dans le second celui de la jurisprudence (ceci parce que prédomine une conception subjective soulignée par l'arrêt Perdureau de la Chambre criminelle – assimilation à une tentative punissable de meurtre pour des actes à visées homicides sur un cadavre⁵). Ceci est finement analysé par Madame Weber notamment aux p. 43 et s.

La thèse est ensuite largement (aux p. 90 et s.) consacrée à l'examen des constructions doctrinales allemandes qui gravitent autour de la figure du *fehlgeschlagener Versuch*. Ainsi, le « phénomène tentative manquée » peut être approché par une trilogie complexe de cas de figures reposant sur une perception faussée de la part de l'auteur, une incapacité physique à obtenir le résultat escompté parce que les moyens employés sont inadaptés ou que l'objet même de l'infraction fait défaut, ou bien parce que le résultat obtenu sortirait du cadre du texte d'incrimination. Mais la figure reste controversée *per se*, considérée par d'aucun comme inutile, voire constitutionnellement contestable. Si une autre partie de la doctrine lui reconnaît une utilité réelle – et il en va de même en jurisprudence – cela ne veut pas pour autant dire que les contours de la figure et sa localisation précise au sein de la systématique allemande de l'infraction soient clairs et les avis harmonieux comme le démontre la nomenclature et le recensement opéré par Madame Weber.

Face à cette dispersion conceptuelle et cette complexité, Michelle Weber propose en somme (cf. p. 131 et s.) une forme de retour aux

⁴ V. par ex. X. Pin, *Droit pénal général*, éd. Dalloz, 2022, n° 199 et s.

⁵ Cass. crim., 16 janv. 1986 : Bull. crim., n° 265 ; JCP G 1987, II, 20774, note G. Roujou de Boubée ; D. 1986, p. 265 et s., note D. Mayer et C. Gazounaud et note J. Pradel.

sources françaises, d'emprunter quelques traits à la structure française du délit manqué et de la tentative *more gallico* pour redonner des contours plus fermes à ce concept allemand. C'est opérer une réception – ou plus exactement une adaptation – à partir de la construction française, reforcer pour le droit allemand un concept « affiné » et moins chargé (*deutlich unbelasteter*) de délit manqué et présentant l'avantage d'être codifié, ainsi que de ne pas reposer exclusivement sur des constructions doctrinales parfois fortement divergentes et une jurisprudence complexe. C'est, dans l'idée de l'auteur, ramener la notion de *fehlgeschlagener Versuch* à sa finalité initiale – à savoir préserver la *ratio legis* du désistement.

Seuls points d'ombre à ce travail de qualité sont des coquilles éparses et les références parfois incomplètes ou anciennes, pour ce qui est des sources françaises. À titre d'exemple, certaines décisions de la chambre criminelle de la Cour de cassation relatives au commencement d'exécution auraient pu donner un tableau plus complet du droit positif français de la tentative et conférer plus de « volume pédagogique » à cette présentation destinée au lecteur allemand. Ainsi, manquent parfois à l'appel les décisions qui caractérisent le commencement d'exécution « par des actes qui tendent directement au crime avec intention de le commettre »⁶. Ou encore qui précisent que « le commencement d'exécution est constitué "par tous les actes qui tendent directement et immédiatement à la réalisation du délit" », le crime ou le délit étant « ainsi entré dans la période d'exécution » afin de le distinguer des actes préparatoires non punissables – dans le sens d'une *Abgrenzungsformel*. À l'identique sur la structure de l'infraction française, des publications plus récentes sont venues étoffer l'analyse comparatiste.

Ces critiques liminaires ne devraient cependant aucunement ternir le tableau ainsi dressé de ce beau travail de droit comparé qui apportera au lecteur français une réelle analyse comparatiste de la tentative et de découvrir – s'il fait preuve un peu d'endurance – les subtilités et les arcanes de la doctrine allemande. Le lecteur allemand bénéficiera lui de cette proposition de refondre plus solidement l'insondable *fehlgeschlagener Versuch*, sous l'éclairage d'un droit français, qui lui est malheureusement bien trop souvent encore inconnu – car moins exploré par les auteurs allemands que les droits anglo-américain ou espagnol. En tout cela, cette thèse est

⁶ Cass. crim., 5 juill. 1951 : Bull. crim. 1951, n° 198 ; Rev. sc. crim. 1952, p. 439, obs. A. Légal. – Cass. crim., 29 déc. 1970 : Bull. crim. 1970, n° 356 ; JCP G 1971, II, 16770, note P. Bouzat ; Rev. sc. crim. 1972, p. 99, obs. A. Légal ; M. Puech, op. cit., p. 207. – Cass. crim., 8 nov. 1972 : Bull. crim. 1972, n° 331 ; Gaz. Pal. 1973, 1, p. 205, note J.-P. Doucet. – J. Pradel/A. Varinard, Les grands arrêts du droit pénal général, éd. Dalloz, 2012, p. 407 et s. – Cass. crim., 11 juin 1975 : Bull. crim. 1975, n° 150 ; Rev. sc. crim. 1976, p. 407, obs. J. Larguier. – Cass. crim., 1^{er} mars 1978 : Rev. sc. crim. 1979, p. 101, obs. P. Bouzat.



bienvenue et logée à très bonne enseigne dans la collection des travaux et publications de la *Deutsch-Französische Juristenvereinigung*.

Julien Walther est Maître de conférences HDR de droit privé à l'Université de Lorraine, Responsable de la Licence franco-allemande UFA/DFH Université de Lorraine/CJFA Universität des Saarlandes, Responsable du Master 1 Droit des affaires et Co-responsable du Master 2 Droit des affaires transfrontières.

Il est titulaire du titre de Dr. jur. obtenu à l'Universität des Saarlandes et du titre de Docteur en droit obtenu à l'Université Nancy II. Ses domaines de compétence sont le droit pénal comparé, le droit pénal des affaires et le droit de la concurrence.

Literaturhinweise BIJUS

von Dr. Maria Kordeva, Strasbourg/Sarrebruck



Joachim Gruber, Verkehrsunfall in Frankreich: Wertminderung, Mietwagenkosten und Nutzungsausfall, Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (NZV), 8/2023, S. 350-355.

Trotz der geografischen Nähe von Deutschland und Frankreich und der großen Zahl von Menschen, die entweder täglich als grenzüberschreitender Arbeitnehmer oder für ein paar Tage Urlaub auf die eine oder andere Seite der Grenze fahren, gibt es in Deutschland erstaunlich wenig Literatur oder gar Rechtsprechung zu Verkehrsunfällen. Der neulich in der NZV veröffentlichte Artikel liefert eine sowohl aus praktischer als auch aus theoretischer Perspektive relevante Analyse. Auch wenn der Artikel das mangelnde Angebot an regelmäßigen und ausführlichen Publikationen zu diesem Thema nicht ausgleichen kann, stellt er dennoch einen nützlichen, wenn nicht sogar notwendigen Ansatz für diejenigen dar, die die Mechanismen des französischen Rechtssystems in diesem Bereich näher betrachten möchten. Insbesondere nimmt der Verfasser fundiert unter Verweisung auf die französische Rechtsprechung zu den sich bei Verkehrsunfällen in Frankreich stellenden Rechtsfragen konkret Stellung, wobei er zum Teil die aktuelle deutsche Literatur zu diesem Thema widerlegen kann.

Nach den Regeln des Internationalen Privatrechts ist bei Straßenverkehrsunfällen im Regelfall auf das Sachrecht des Unfallorts abzustellen. Insofern haben deutsche Richter*innen, die mit solchen Fällen konfrontiert werden, in der Regel ausländisches Recht anzuwenden und somit auszulegen: das französische Recht. Diese Be-

sonderheit kann für deutsche Richter*innen, die nicht im französischen Recht ausgebildet sind, eine Reihe von Schwierigkeiten mit sich bringen.

Das maßgebliche französische Gesetz Nr. 85-677 vom 5. Juli 1985 (*loi Badinter*) regelt die Haftung bei Verkehrsunfällen mit Beteiligung eines Kraftfahrzeuges und modifiziert die Grundsätze der Verschuldenshaftung nach den Art. 1240 ff. des *Code civil* (vor dem 1. Oktober 2016 fanden sich diese Prinzipien in Art. 1382 ff. des *Code civil*). Dieses Gesetz zielt auf einen besseren Schutz bei Personenschäden ab. Die Sachschäden sind nur allgemein geregelt.

Art. 5 Abs. 2 des Gesetzes bestimmt, dass ein Verschulden des Fahrers des geschädigten Fahrzeugs bei Sachschäden zu einer Reduzierung oder zum Ausschluss des Schadenersatzanspruchs führt. In allen anderen Fällen bleibt es bei der vollen Einstandspflicht des Unfallverursachers. In diesem Sinne regelt das Gesetz Badinter nur den Haftungsausschluss, nicht hingegen die Haftung als solche. Weitere Fragen bezüglich der Haftung sind von dem allgemeinen Haftungsrecht geregelt.

Dabei geht das französische Recht vom Grundsatz der vollständigen Entschädigung (*réparation intégrale*) aus: Der Geschädigte soll in die Lage versetzt werden, in der er sein würde, wenn das Schadenereignis nicht eingetreten wäre⁷. Damit wird in der französischen Rechtsprechung grundsätzlich ein Anspruch wegen eines Wertverlusts auch des vollständig reparierten Fahrzeugs bejaht. Die *Cour de cassation* gibt nur allgemeine Hinweise zum Wertersatz und lässt den Richtern der Tatsacheninstanz einen großen Entscheidungsspielraum.

Eine besondere Schwierigkeit stellen Fälle dar, in denen die geschädigte Person im Ausland wohnt. Eine wichtige Entscheidung der *Cour de cassation* vom 31. Mai 2008 gibt hierauf eine Antwort und statuiert, dass die vollständige Wiedergutmachung eines Schadens, der durch den Verlust eines in Belgien zugelassenen Fahrzeugs entstanden ist, nur durch die Zugrundelegung des in diesem Land üblichen Fahrzeugpreises gewährleistet werden könne. Der Autor weist darauf hin, dass diese französische Entscheidung in der deutschsprachigen Literatur unzutreffend wiedergegeben wurde: Es handelte sich dabei nicht um ein deutsches Fahrzeug und auch nicht um einen Anspruch auf merkantile Wertminderung. Die Bedeutung der Entscheidung liegt vielmehr darin, dass die tatsächlichen Verhält-

⁷ Cass. Civ. 2e, 28. Oktober 1954, nr. 1767, seither ständige Rechtsprechung.

⁸ Cass. Civ. 2e, 31. Mai 2000, Nr. 97-20.329.

nisse auf die Situation in dem Land abzustellen sind, in dem der Geschädigte wohnt. Ihm obliegt keine Verpflichtung, in Frankreich zu handeln, auch wenn er dadurch den Schaden mindern könnte. Aus der Entscheidung der *Cour de cassation* ergibt sich nicht, dass am Wohnort des Geschädigten bestehende rechtliche Vorgaben, die sich nicht unmittelbar auf den Marktpreis auswirken, zu berücksichtigen sind. Daraus folgt, dass ein Anspruch auf den Ausgleich der merkantilen Wertminderung bei in Deutschland zugelassenen Fahrzeugen grundsätzlich auch bei älteren Fahrzeugen mit einer größeren Laufleistung möglich ist.

Eine weitere Frage betrifft die Möglichkeit, ein Fahrzeug zu mieten. In der deutschen Literatur werden verschiedene Lösungen angegeben, die je nach Darstellung der Autoren zwischen 15 und 40% schwanken. In der französischen Rechtsprechung sind Mietwagenkosten zu ersetzen, wenn die Nutzung eines Mietwagens notwendig war. Wenn der Geschädigte jedoch auf die Möglichkeit verzichtet, ein Fahrzeug zu mieten, sind Nutzungsausfallschäden zu erstatten. Die Beurteilung der Nutzungsausfallschäden nach französischem Recht ist den erstinstanzlichen Gerichten vorbehalten⁹. Der Nutzungsausfall ist grundsätzlich auf die technisch bedingte Dauer der Reparatur beschränkt¹⁰, aber schließt auch den Zeitraum ein, in dem man auf eine Antwort der Versicherung hinsichtlich der Kostenübernahme wartet¹¹. Die Höhe des Nutzungsausfalls richtet sich im Übrigen in der Praxis der französischen Gerichte nach pauschalen Tagessätzen.

Weitere Literaturhinweise

Fabienne Jault-Seseke, Der französische Entwurf zur Kodifizierung des internationalen Privatrechts, *Zeitschrift für Europäisches Privatrecht (ZEuP)*, 2023, S. 566-581.

Norbert Gross, Le modèle allemande de la cassation, in: Jean Barthélemy, Louis Boré, Philippe Galanopoulos et Xavier Prétot (Hrsg.), *La cassation: genèse, évolution, méthode et diffusion d'une technique singulière*, Dalloz, 2023, S. 161-170.

Anette Guckelberger, E-Government in Estland und Frankreich, *Die Öffentliche Verwaltung (DöV)*, 2023, S. 381-388.

⁹ LG Karlsruhe, Urt. vom 3. September 2020, 5 O 143/18.

¹⁰ Cass. civ. 2e, Urt. vom 16. Januar 1991, Nr. 89-18.743.

¹¹ CA Toulouse 1e ch., Urt. vom 26. September 2016, Nr.15/04454.

Pache, Das Schadensersatzrecht der §§ 249 ff. BGB im Lichte der französischrechtlichen responsabilité civile, Nomos, Schriftenreihe der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung, 2023, 636 S.

Cyril Roger-Lacan, Die französische Verwaltungsrechtsprechung im Spiegel der 'Klimagerechtigkeit' – Aktuelle Entwicklungen, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ), 2023, S. 1135-1139.

Ralf Schnieders, Die Klimarechtsprechung der französischen Verwaltungsgerichte, Klima und Recht, 2023, S. 226-229.

Gernot Sydow (Hrsg.), Französisches Verfassungsrecht im 21. Jahrhundert: Innovation und Reformfelder, Mohr Siebeck, 2022, 344 S.

Philipp Windeknecht, Olivier Vergniolle, Paul Vendeville und Vincent Frentzel, Ausgewählte steuerliche Konsequenzen des Zuzugs und Wegzugs in Frankreich und Deutschland, Internationales Steuerrecht (IStR), 2023, S. 15-20.

■ Neue Perspektiven



Qivive Köln, Paris & Lyon wächst weiter und unsere Teams gestalten unsere Welt von morgen mit!

Wir wachsen in allen Bereichen und freuen uns über Unterstützung im

Französischen Gesellschaftsrecht

Dt. Version : <https://www.qivive.com/de/stellenanzeige/avocate-rechtsanwaeltin-im-franzoesischen-gesellschaftsrecht>

Frz. Version : <https://www.qivive.com/fr/annonce-demploi/avocate-rechtsanwaltin-en-droit-des-societes-francais>

Französischen Vertrags- und Prozessrecht

Dt. Version : <https://www.qivive.com/de/stellenanzeige/avocate-rechtsanwaeltin-im-franzoesischen-vertragsrecht-prozessrecht>

Frz. Version : <https://www.qivive.com/fr/annonce-demploi/avocate-rechtsanwaltin-en-droit-economique-et-contentieux-francais>

Französischen Steuerrecht

Dt. Version : <https://www.qivive.com/de/stellenanzeige/avocate-rechtsanwaeltin-im-franzoesischen-steuerrecht>

Frz. Version : <https://www.qivive.com/fr/annonce-demploi/avocat-rechtsanwalt-en-droit-fiscal-francais>



Le cabinet <http://www.mars-ip.eu/> <https://www.linkedin.com/in/marie-avril-roux-steinkuehler-b8917818/>

Cabinet d'avocat franco-allemand spécialisé en droit de la propriété intellectuelle, droit d'auteur et nouvelles technologies. Nos clients interviennent dans divers secteurs économiques, artistiques et culturels. Travaillant en français, allemand et anglais, notre approche est européenne.

Nous recherchons pour notre bureau de Berlin un.e

Avocat.e 1^{ère} année (H/F/X)

Vos objectifs et missions :

Vous intégrez une petite équipe juridique dynamique et multiculturelle et accompagnez les clients, assurez la préparation, la mise en œuvre et la conduite de leurs dossiers de conseil et de contentieux dans tous les domaines du droit de la propriété intellectuelle. Vous aurez la responsabilité de la gestion des portefeuilles de marques du cabinet et écrirez régulièrement des notes d'actualité juridique.

Ce que nous offrons :

- Un environnement international au sein d'une petite équipe en plein essor
- Des dossiers et des responsabilités intéressantes et variés en droit français, allemand et européen de la propriété intellectuelle
- Un cabinet original en plein cœur de Berlin
- Une grande autonomie accompagnée d'une solide formation
- Un salaire compris entre 49.200 euros et 70.000 euros

Votre profil :

- De langue maternelle française ou allemande, vous parlez et écrivez parfaitement l'allemand et l'anglais, nos deux autres langues de travail.
- Vous êtes élève-avocat.e ou avocat.e, titulaire d'un Master 2, si possible en Droit de la propriété intellectuelle, Sciences Po ou équivalent.
- Vous avez étudié en France et/ou en Allemagne.
- Vous êtes multitasking, rapide, organisé.e et autonome. L'absence de routine et les nouveaux défis ne vous font pas peur. Vous savez communiquer et travailler en équipe.

Vous avez une première expérience de stage/d'emploi en cabinet d'avocat ou en entreprise.

Merci d'envoyer votre dossier de candidature accompagné d'une lettre de motivation uniquement par e-mail à office@mars-ip.eu.

Marie-Avril Roux-Steinkühler

Blaubere:astrasse 20 · D-10623 Berlin · T +49 30 56 55 35 50 · F +49 30 56 55 35 520
 26, rue du Quatre-Septembre · F-75002 Paris · T +33 1 44 39 40 50 · F +33 1 44 39 40 51 · Pologne E 1432
contact@mars-ip.eu · www.mars-ip.eu



MARS-IP ist eine französische „boutique“-Anwaltskanzlei mit Sitz in Berlin, die sich im Bereich des geistigen Eigentums spezialisiert (insbesondere Internetrecht, Markenrecht und Urheberrecht (siehe www.mars-ip.eu für mehr Informationen zu unseren Tätigkeitsbereichen). Unsere Mandanten sind in verschiedenen wirtschaftlichen, künstlerischen und kulturellen Bereichen tätig. Wir arbeiten auf Französisch, Deutsch und Englisch und verfolgen einen europäischen Ansatz.

Wir suchen eine(n)

Rechtsanwalt/Rechtsanwältin im ersten Jahr

Ziel und Aufgaben:

Sie begleiten den jeweiligen Mandanten bei der Vorbereitung, Umsetzung und Durchführung der Projekte in allen Bereichen des geistigen Eigentums.

Sie haben die Gelegenheit, in einem kleinen dynamischen und multikulturellen Team vielfältige und interessante Aufgaben im Bereich des deutschen, französischen und europäischen Urheberrechts kennenzulernen und zu bearbeiten.

Qualifikationen und Fähigkeiten:

Sie sind Rechtsanwaltsanwärter/in oder Rechtsanwalt/Rechtsanwältin (idealerweise in Frankreich und Deutschland) und/oder haben bereits einen Mastertitel oder das 1. Staatsexamen, wenn möglich im Bereich des geistigen Eigentums.

Sie sind zweisprachig (Deutsch-Französisch) oder Französisch ist Ihre Muttersprache. Sie sprechen auch Englisch.

Idealerweise haben Sie schon erste Erfahrungen in einer Kanzlei oder einem Unternehmen gesammelt. Sie sind selbständig, flexibel, vielseitig, gründlich und organisiert mit einer schnellen Auffassungsgabe. Außerdem sind Sie kommunikationsfähig, pflichtbewusst und arbeiten gerne im Team. Zeitlicher Druck ist für Sie kein Problem.

Was wir anbieten:

- Ein internationales Umfeld in einem kleinen und wachsenden Team
- Einarbeitung, Weiterbildung und Eigenständigkeit
- Interessante Akten und Verantwortlichkeiten
- Eine originelle Kanzlei im Herzen Berlins
- Ein Gehalt zwischen 49.200 und 70.000 Euro

Bitte schicken Sie uns ihre Unterlagen mit einem Bewerbungsschreiben per E-Mail an office@mars-ip.eu.

Marie-Avril Roux-Steinkühler

Blaibtreustrasse 20 · D-10623 Berlin · T +49 30 56 55 35 50 · F +49 30 56 55 35 520
 26, rue du Quatre-Septembre · F-75002 Paris · T +33 1 44 39 40 50 · F +33 1 44 39 40 51 · Pöskis E 1432
contact@mars-ip.eu · www.mars-ip.eu